

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 98.—  
jährlich . . . . . 192.—

Abstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich 12 Bl.

10. Jahrgang.

Samstag, 4. Oktober 1930.

Nr. 234.

## Fascisierte Polizei?

Wer Augenzeuge der vorwöchentlichen Prager fascistischen Demonstrationen war, die schließlich zu den bekannten Exzessen führten, bei welchen auch tschechisches Eigentum zerstört wurde, der weiß, daß bei dem leiftesten Einschreiten der Polizei die anfangs kleinen Häuflein von Jünglingen, die der Strikbrny auf die Beine zu bringen vermocht hatte, sofort in regelloser Flucht ihr Heil suchten. Im Anfang hätte nicht einmal Gewalt angewendet werden müssen, um den Kravallen ein Ende zu bereiten, ein wenig Ernst, ein kleiner Bruchteil der Strenge, welche die Polizei sonst bei Arbeiterkundgebungen zu beweisen versteht, hätte genügt, aber sie benahm sich so, als wäre sie geradezu zum Schutze der Radau-brüder ausgerückt und zur Abwehr jener, die etwa die Herren fascistischen Duden bei ihrem patriotischen Tun hätten stören wollen. An den Mienen vieler Wachleute schon war ersichtlich, daß sie mit ihren Sympathien auf Seite der Exzediten standen, aber es war vom ersten Augenblick auch klar, daß das Unterbleiben jedes Eingreifens auf irgend einen höheren Befehl zurückzuführen war. Das Nachspiel, das die Vorfälle nun in der Auflösung der sogenannten Polizeigewerkschaft und in dem Bekanntwerden mancher anderer Tatsachen gefunden haben, bestätigt die Vermutungen in vollem Umfange.

Die Ursachen, die zu der Auflösung der Polizeistatistikorganisation geführt haben, bilden einen Skandal von gigantischen Dimensionen. Das was Aufgabe der hiesig bestellten Wachleute sein müßte, die Sorge für die Sicherheit der Person und des Eigentums, der Schutz der republikanischen und demokratischen Staatsform, wird von der Polizei, oder doch wenigstens von einem Teile derselben nicht nur in der unverantwortlichsten und dem geleisteten Dienstwidrigsten Weise vernachlässigt, sie verkehrt auch offensichtlich die notwendige Disziplin und bekundet ihre Hingabe zu den Hebern gegen die demokratische Verfassung aufs unzweideutigste. In dem von der Polizeigewerkschaft — an ihrer Spitze stand ein Polizeinspektor! — ausgesendeten Schreiben an die Prager Zeitungen werden die fascistischen Demolierer schon im vorhinein förmlich um Entschuldigung gebeten, falls die Polizei gegen ihren Willen doch zum Einschreiten gezwungen sein sollte und der Gajdagarde wird freundschaftlich nahegelegt, sie möge gütigst einen Unterschied machen zwischen jenen, welche die Befehle geben und jenen, welche diese Befehle — es fehlt nur noch das Wort: leider! — ausführen müssen. Will jemand noch mehr, um als bewiesen zu erachten, daß eine Polizei, in der solches möglich ist, zu einer unberechtigten Durchführung ihrer Aufgabe unfähig geworden ist?

Nach allem, was nunmehr bekannt geworden ist, kann man kaum mehr bloß von einem „Verfagen“ der Polizei sprechen. In den Betrachtungen darüber, wieso es so weit kommen konnte, wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß die Wachleute unzulänglich bezahlt sind, insbesondere jener Teil, der gegen 14tägige Kündigung als Aushilfsmannschaft eingestellt ist und das ist rund ein Drittel der gesamten Mannschaft, aber das erklärt noch nicht das zweierlei Vorgehen der Polizei, einerseits mit äußerster Rigorosität gegen Arbeiterdemonstrationen, andererseits gegen die von der patriotisch-chauvinistischen Presse aufgeputzte Menge mit ungewöhnlichster Milde und Sanftmut. Beachtenswert ist schon der Hinweis, daß die Polizei gewissermaßen von Amtswegen dahin gebracht wird, Demonstrationen verschiedener Parteien und Richtungen auch eine verschiedene Behandlung zuteil werden zu lassen. Vor einigen Monaten ging die Prager Polizei bei tschechischen Studentendemonstrationen mit einer gewissen Schärfe vor, worüber die nationaldemokratische und fascistische Presse Lärm schlug, solange, bis die Regierung ein-

## Entschließung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Mit allen Mitteln für Demokratie und Proletariat.

Berlin, 3. Oktober. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute nach längerer Beratung folgende Entschließung angenommen:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht nach dem Ausgang der Reichstagswahlen in der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutz des Parlamentarismus ihre erste Aufgabe. Die Demokratie ist bedroht von allen sozialreaktionären Kreisen, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung der Löhne ausbeuten will. Sie ist bedroht durch die fascistische Bewegung der Nationalsozialisten, die den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrise nach der Zerstörung der Demokratie die sofortige Heilung aller Leiden und die Lösung der sozialen Frage vorkaufeln. Sie ist bedroht durch die kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse spaltet und den Kampf gegen die soziale Reaktion und gegen den Faschismus erschwert.

Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben. Die Krise kann nicht gelöst werden durch Verminderung der Kaufkraft der Massen, sondern nur durch Arbeitsbeschaffung. Ebenso unerlässlich ist der Kampf der Fraktion im neuen Reichstag zur Herbeiführung eines Notgesetzes über eine solche Herabsetzung der Arbeitszeit, die es ermöglicht, die Erwerbslosen wieder in Arbeit zu bringen.

Die politische Unsicherheit birgt die Gefahr erster politischer Verwidelungen in sich. Sie hat die Flucht des deutschen Kapitals gesteigert und hindert den Zustrom ausländischen Kapitals. Sie verschärft so die Wirtschaftskrise. Nur die Sicherheit eines streng verfassungsgemäßen Regierens ermöglicht die notwendige Arbeitsbeschaffung zur Milderung des wirtschaftlichen Niedergangs.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird unter Wahrung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen für die Sicherung der parla-

mentarischen Grundlagen und für die Lösung der dringendsten finanzpolitischen Aufgaben eintreten.

Die Sozialdemokratie hält an den Grundsätzen der bisherigen Außenpolitik fest, die zur Befreiung des Rheinlandes und zur Herabsetzung der Reparationslasten geführt haben. Sie lehnt alle außen- und handelspolitischen Experimente ab, die die wirtschaftlichen Beziehungen stören und zu einer neuen akuten Verschärfung der Krise führen würden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, entschlossen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft mit größter Energie zu verteidigen, wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Befreiung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnung fordern und erwartet von allen Arbeiterorganisationen stärkste Aktivität für die schweren bevorstehenden Kämpfe und die Bereitschaft, ihren Kampf außerhalb des Parlamentes mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.“

In dieser Entschließung hat die Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht, daß sie sich das Gesetz des Handelns nicht von den antiparlamentarischen Parteien vorschreiben läßt, sondern die Wege geht, die das Interesse der Arbeiterschaft in der jetzigen Situation erfordert. In dem die Fraktion an die Spitze der Richtlinien die Verteidigung des demokratischen Systems stellt, bringt sie zum Ausdruck, daß jede Art der Diktatur das Ende der Sozialpolitik und die Vernichtung jeder selbständigen Lebensäußerung des Proletariats bedeutet. Die Fraktion wird verlangen, daß die nach der Auflösung des Reichstags erlassenen Verordnungen den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden und daß die darin enthaltenen sozialreaktionären Maßnahmen wieder beseitigt werden. Von der weiteren politischen Entwicklung hängt es ab, ob die Fraktion sofort beim Zusammentritt des Reichstags ein eigenes Mißtrauensvotum gegen die Regierung einbringen wird.

## Wirrwarr im Heimwehrlager.

Einer dementiert den andern — Der Republikanische Schutzbund in Bereitschaft.

Wien, 3. Oktober. (Eigenbericht.) Im Lager der Heimwehren herrscht größte Verwirrung. Nach ihrem gestrigen Aufruf, der auch von Starhemberg unterzeichnet ist und in dem sie antworteten, daß sie unabhängig in die Wahlen treten würden, hat Starhemberg heute vor-mittag eine Erklärung abgegeben, daß der Aufruf mißverstanden worden sei. Durch die Gründung des Heimatbundes sei in keiner

Weise die Wahlaktive festgelegt. Es sei auch lächerlich, wenn man darin einen Anschlag gegen die christlichsoziale Partei, die so viel für die Heimwehren getan habe, erblicken würde. Ebenso bestreitet Starhemberg, daß darin Putschabsichten geäußert seien.

Demgegenüber erhielt das christlichsoziale „Weltblatt“ Mitteilungen aus Heimwehrtreffen,

knitte und die Polizeileitung zwang, die Studenten förmlich und feierlich um Entschuldigung zu bitten. Es wurde eine Anzahl von Polizeioffizieren und Wachleuten in Untersuchung gezogen, einige auch bereits disziplinar bestraft. Gewiß mag die Unsicherheit, die sich deshalb der Wachleute darüber bemächtigte, da sie doch auch damals nur einen Befehl ausgeführt hatten, dazu beigetragen haben, daß sie diesmal fast überhaupt nicht eingriffen und so den Kravallern Mut machten, da sie schließlich auch jetzt wieder gewärtig sein mußten, daß sie bei Befolgung der Befehle sich der Gefahr einer Bestrafung aussetzen. Wenn man beispielsweise, wie die „Lidová Rovina“ berichteten, auf dem Wenzelsplatz während der Kravalle zwei Polizeioffiziere beschließen ließ, die heute noch wegen der studentischen Demonstrationen in Disziplinaruntersuchung stehen, so konnte man schwer erwarten, daß diese Polizeioffiziere eine Energie entwickeln, die ihnen eventuell eine neue Disziplinaruntersuchung eintragen kann, dies um so mehr, als der Minister des Innern, wohl mit Rücksicht auf den fascistischen Flügel seiner Partei, am Dienstag die Weisung herausgegeben hatte, gegen die

Demonstranten auf das allerbeste vorzugehen.

So sehr auch alles, von der Polizeimannschaft angefangen bis zum Ministerium des Innern durch Säumigkeit und unter dem Druck der den Faschisten gönnerhaft gesinnten tschechischbürgerlichen Kreise dazu beigetragen haben mag, daß es zu diesem Polizeiskandal kam, muß doch gefordert werden, daß auf das gründlichste untersucht werde, ob die Zerstückelung des Polizeikorps durch die ziellose fascistische Agitation nicht schon soweit fortgeschritten ist, daß man von eigenartigen fascistischen Zellen in diesem Körper sprechen kann. Anhaltspunkte für einen solchen Verdacht sind genug vorhanden. Wie es den Anschein hat, will die Regierung Ordnung machen. Sie darf trotz des Geschreis, das von gewisser Seite erhoben wird, als wären die höchsten staatsbürgerlichen Freiheiten in Gefahr, nicht darin erlahmen, die notwendige Säuberung mit größter Rücksichtslosigkeit durchzuführen, denn sonst kann es geschehen, daß über kurz oder lang in der Polizei ein fascistischer Abenteurer ein geschlossener, wohlbewaffneter Körper zur direkten Verfügung steht.

daß diese Interpretation des Ministers unrichtig sei. Es sei zuerst in einer Sitzung der Landesvertreter der Heimwehren eine gemeinsame Wahlliste mit den Christlichsozialen abgelehnt und eigene Kandidaturen der Heimwehren in allen Wahlkreisen beschlossen worden. Dem habe dann die Bundesführung mit ihrem Beschluß zugestimmt.

Die nationalsozialistische „Denkschrift“ drückt an der Spitze den Aufruf der Heimwehren ab, wendet sich aber im Leitartikel sehr heftig dagegen, daß die Christlichsozialen versuchen, jetzt alle Kräfte mit ihren Parteigängern zu befehlen.

Der Republikanische Schutzbund erklärt einen Aufruf, worin er erklärt, daß die Arbeiterklasse die Verfassung und die Rechtsordnung mit allen Kräften verteidigen werde. Sie wird stark genug sein, um zu verhindern, daß fascistische Karrenstrecke unser Volk in ein neues unermessliches Unglück stürzen. Die Schutzbündler mögen Disziplin halten und sich durch nichts provozieren lassen. Wer es aber wagt, heißt es zum Schluß, Oesterreichs Volk an seiner demokratischen Selbstbestimmung zu hindern, der wird auf unseren entschlossenen Widerstand stoßen.

## Ein Putschaufruf der Heimwehr.

Die Heimwehr kündigt Gewalt gegen das Parlament an. — Selbständige Kandidaturen.

Die Heimwehren in Oesterreich haben einen Aufruf erlassen, der vom Innenminister Starhemberg und vom steirischen Heimwehrlager Dr. Pfriemer unterzeichnet ist.

Der Aufruf erklärt, daß nach dem Zerfall der antimozartischen Mehrheit des Nationalrates die Heimwehr bemüht war, den brüchigen Damm, den der Parlamentarismus gegen Moskau aufgeschüttet hat, noch einmal notdürftig zu stützen. Die Bemühungen sind gescheitert. „Zerissen und zerhabert, nach einem alten, verhassten Wahlrecht, wird das Bürgerrecht in den Wahlkampf ziehen.“ Voll Verwirrung fragt der Heimwehraufruf, ob die Stimmenzahl der Sozialdemokraten nicht weiter steigen wird. Wer garantiert dafür, daß es bei den Novemberwahlen nicht zu einer roten Mehrheit kommen werde?

Dann kommt der Aufruf zu der entscheidenden Stelle; sie heißt:

Wenn die Heimwehr heute ihre Hand aus Ruder der Regierung gelegt hat, dann geschah das nicht, um die christlichsoziale Partei zu stürzen, sondern um das Steuer für unsere Bewegung, für die Heimwehrebewegung, festzuhalten, mit dem eisernen Entschluß, es uns auch durch eine rote Mehrheit nicht aus der Hand winden zu lassen.

Der Heimwehraufruf fährt dann fort:

Lange genug haben wir den bürgerlichen Parteien, allen bürgerlichen Parteien, die Mauer gemacht.

Heute sind wir der Überzeugung, daß es nicht genügt, den Ansturm Moskaus gegen die Heimat abzuwehren, heute wissen wir, daß es nur eine Rettung gibt, die Heimat unserem Geiste zu erobern. Heute müssen wir aus der Abwehr zum Angriff übergehen. Die kommenden Wahlen stehen nicht mehr im Zeichen der Heimatwehr, sie stehen im Zeichen des Heimatsturmes.

Die Anhänger der Heimwehr werden als Heimatblock unabhängig von jeder politischen Partei in allen Bundesländern in den Wahlkampf treten. Heute steht die Heimwehr in der Regierung, morgen muß der Heimatblock das Parlament erobern, nicht um sich in seinen Lehntüren zu retten, sondern um auf den Trümmern des partipolitischen Parlamentes den neuen Staat, den Heimwehrraich aufzubauen.

Kameraden, schließt die Reihen zum Heimwehrturm!

Der vom Bundespräsidenten zum Innenminister der Republik ernannte Herr Starhemberg, der den Eid auf die demokratische Verfassung geleistet hat, der Hitler-Putschist Starhemberg kündigt also offen den Sturm gegen die Verfassung, gegen das demokratische Parlament an! Der Innenminister, der über die geschehene Verwaltung zu wachen hat, verkündet, daß sich die Heimwehren unter Umständen der Entscheidung der Volksmehrheit nicht fügen und das Parlament zertrümmern werden!

### Die Wiener Presse zum Heimwehr- aufruf.

Wien, 3. Oktober. (Tsch. P.-B.) Der gestern veröffentlichte Aufruf der Heimwehr über eine selbständige Kandidatur in ganz Oesterreich findet wegen seiner Schärfe in der Presse einen starken Widerhall.

Das „Neue Wiener Journal“ erklärt, das könne unmöglich das letzte Wort der österreichischen Selbstschutzverbände sein, denn die Heimwehr dürfe nicht auf Kosten der antimarxistischen Front in den Wahlkampf ziehen und der christlichsozialen Liste eine eigene Heimwehrliste entgegenstellen. Es muß in dieser kritischen Zeit mehr Selbstbesinnung von der Heimwehr verlangt werden.

Die „Neue Freie Presse“ sagt, sie glaube nicht an eine sozialdemokratische Mehrheit im künftigen Nationalrat. Wenn aber wider alles Erwarten die Mehrheit an die bisherige Opposition entfiel, dann befiehlt es die Pflicht jedes einzelnen Bürgers, die Mehrheit zu achten.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ bezeichnet den Aufruf als eine unverblühte Absage an die christlichsoziale Partei. Der Aufruf läßt an Deutlichkeit über die Absichten der österreichischen Faschisten nichts zu wünschen übrig und schafft eine viel ernstere Situation, als sie vor einem Jahr bestand.

Die „Arbeiter-Zeitung“ stellt an den Bundespräsidenten die Anfrage, ob er den Minister des Innern Starbemberg, der diesen Aufruf unterzeichnet, nicht des Amtes enthebe, da in dem Aufruf erklärt wird, daß die Heimwehr ihre Macht sich auch nicht durch eine rote Mehrheit werde aus den Händen winden lassen.

Die „Reichspost“ bringt nur den letzten Absatz des Aufrufes, worin zur Bildung des Heimablockes für die Wahlen aufgerufen wird. Im steirisch-kärntnerischen Wahlkreisverband wird der Heimablock ohne Bindungen zu den Parlamentsparteien in den Wahlkampf treten. Ueber die übrigen Wahlkreise wird erst in den nächsten Tagen bei entsprechenden Verhandlungen Bescheid gesagt werden. Selbstverständlich wird jede Zersplitterung verhindert werden.

### Strafella ernannt!

Wie aus Wien berichtet wird, ist Dr. Strafella nun doch zum Generaldirektor der Bundesbahnen ernannt worden. Er hat um einen Urlaub ersucht, bis nach dem Abschluß des Gerichtsverfahrens in seinem Prozeß gegen die „Arbeiter-Zeitung“. Dieser Urlaub ist ihm auch bewilligt worden. Mit dieser Ernennung, die an Schamlosigkeit und Unsauberkeit alles übertrifft, was in der letzten Zeit in Oesterreich geschehen ist, hat sich die neue Regierung selbst charakterisiert. Der Mann, dem ein Gericht beschneidet, daß er unkorrekt und unsauber sei, der Häuferspekulant, der in der Inflationszeit Käufer zusammengelauft hat, um sie nach wenigen Monaten mit hohem Gewinn zu verkaufen, der Mann, der, als Oesterreich ausgeplündert war, nach Deutschland ging, um auch dort an der Not und dem Elend des deutschen Volkes zu profitieren, der Spekulationär, der sich auf die gewinnreiche Aufwertung versteht und der von seinem fabelhaften Einkommen etwa 8500 K. Jahressteuer zahlt, ist Generaldirektor des größten Betriebes in Oesterreich. Selten ist ein Fall so hemmungslos, so aufreizender Schändlichkeit erlebt worden!

### Attempause der Gerechtigkeit.

Von Leo Kottion (Wien).

Der kleine Gerichtsdienster mit dem faltigen Gesicht ist im Nebenberuf Billekteur im Burgtheater. Er hat etwas von der Würde eines Shakespeare'schen Herolds an sich, wenn er, gleichsam mit einer unsichtbaren Helikopter, dem Gericht einen Weg durch die Mauer der vor dem Verhandlungsaal angeammelten Kiebitze bahnt: „Zurück da! Der Gerichtshof kommt!“

Schon weniger in den Rahmen eines Shakespeare'schen Königsdramas fügt sich das Trisolum, das nun an dem Gerichtstische Platz nimmt. Der Richter, ein bebrillter, bläulicher junger Mann mit schlotterndem nageletem Talar. Er ist noch jung im Amt. Die Anwesenheit solch einer Zuschauer, vielen seiner älteren Kollegen ein willkommenes, lockendes Publikum für Darbietungen überlegenen Humors bedeutend, schafft ihm noch Lampenfieber.

Der Herr Staatsanwaltschaftliche Funktionär — im Justizjargon Staf genannt — in seinem viel zu engen, speditigen schwarzen Anzug und seiner „gemauerten“ zerklüfteten Kravatte fiebert vor Latenzlust. Dafür, daß er das schartige Schwert der strafenden Gerechtigkeit gegen die Nebelkater schwingt, wird ihm keine Entlohnung zuteil. Aber die Verhandlungen sind der Höhepunkt seines armen, leeren Daseins. Am Gerichtstisch darf er sich noch als wichtiges Glied in der Welt der Ordnung fühlen. Sonst wäre er nichts als ein Arbeiter mit juristischem Doktorat, für das ihm kein Mensch einen Pfennig bezahlt. Aber jetzt, von neun Uhr vormittags bis zwei Uhr nachmittags ist er gefürchteter „Funktionär“.

Der dritte im Bunde, der Schriftführer, ist erst vor wenigen Tagen in die Gerichtsbarkeit eingetreten. Sozusagen ein juristisches Waisenkind, das sich schmerzhaft vom Prüfungstisch in die Massenbetriebsstätte des Strafbezirksgerichtes begeben hat, wo es, bis nun als braver Student aus „besseren Leute“ Haus sorgfältig behütet zum erstenmal dem rauhen Leben von Angesicht zu Angesicht gegenübersteht.

## Unionstag der Bergarbeiter.

Gestern vormittags wurde der 9. Unionstag der Bergarbeiter fortgesetzt und beendet.

Genosse Haase erstattete zu Beginn der Verhandlungen ein Referat über

### allgemeine Gewerkschaftsfragen.

in dem er die organisatorischen Verhältnisse innerhalb der Bergarbeiterschaft beleuchtete. Die Zersplitterung unter den Bergarbeitern ist so groß, daß es in den letzten Jahren nicht gelungen ist, sozialpolitische und wirtschaftliche Forderungen durchzubringen. Kommunisten und Salentkruzer weiteten miteinander, um die freigewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisationen zu zerschlagen, und wir können heute noch nicht einmal feststellen, daß ihr Verleumdungsfeldzug den Höhepunkt erreicht hat. Die Unternehmer wissen ganz genau, welche Rolle die Kommunisten im Klassenkampf spielen und daß sie durch Verschlagung der freigewerkschaftlichen Verbände nur die Absichten der Bourgeoisie erfüllen. Aber auch der Faschismus hätte niemals einen solchen Umfang annehmen können, wenn nicht der Kommunismus an seiner Wiege gestanden hätte. Die Koalition der Bergarbeiter streifend, erklärte der Redner, daß die Sdruzeni horniku sich mit der Jednota horniku verschmolzen hat und damit aus der Koalition automatisch ausgeschieden ist, daß jedoch die Jednota um die Ausnahme in die Koalition angeht hat. Trotz mancherlei Bedenken und prinzipiellen Gegensätzen müsse man dem Unionsvorstand die Vollmacht zu dieser Erweiterung der Koalition geben. Genosse Haase besprach dann die Notwendigkeit der Werberarbeit, die mit Energie durchgeführt, nicht ohne Erfolg bleiben kann, weil die Union nicht nur eine einwandfreie und erfolgreiche Lohnpolitik getrieben hat, sondern auch nachweisen kann, daß viele Gesetze bestehen, deren Urheber sie ist. Zu einem Antrag der Gruppe Duz, der sich mit dem Verhältnis der Bergbauangestellten zu den Bergarbeitern befaßte, übergehend, stellte er fest, daß ein großer Teil der Bergbauangestellten sich an die Seite der Unternehmer und Betriebsleitungen stellt und daß gegen diesen Teil der Angestellten entschieden Stellung genommen werden muß. Zum Schluß appellierte er an die Vertrauensleute, zur Stärkung der Organisation beizutragen, um die Arbeiterklasse aus dem Joch des Kapitalismus zu befreien. (Beifall.)

In der Debatte sprachen die Genossen Leimer - Graupen, Weidich - Duz, Lehmann - Brügg, Maier - Stuben, Pittel - Brügg, Bionert - Haan und Pohl. Fast alle Redner führten Beschwerde über einen Teil der Bergbauangestellten gegenüber den Unionsmitgliedern. Es wurde darauf hingewiesen, daß einzelne Bergbauangestellte ausgesprochene Agitation für die Organisation der Salentkruzer in ihrem Dienst betreiben und ihren Einfluß dazu benutzen, um die Bergarbeiter zu zwingen, Mitglieder der nationalsozialistischen Bergarbeiterorganisation zu werden. So wurde hervorgehoben, daß ein Beamter des Alexander-Schachels bei Duz, namens Houška, einen Bergarbeiter, der mit seinem Anspruch auf Entgelt vom Bergbauarbeitsgericht und Bergbauoberberichtsgericht abgewiesen wurde, erklärte, daß er ihm zum Entgelt verhelfen werde, wenn er dem nationalsozialistischen Bergarbeiterverband beitrete. Der betreffende Bergarbeiter meldete sich zum

nationalsozialistischen Bergarbeiterverband und erhielt tatsächlich das Entgelt ausgezahlt. Genosse Pohl erklärte, daß nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Staaten, z. B. in Deutschland eine ähnliche Vorgangsweise der Bergbauangestellten gegenüber den Bergarbeitern an den Tag gelegt wird, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie bei uns. Das Unglück bei den Bergbauangestellten besteht darin, daß in ihrer Organisation auch die Betriebsleiter organisiert sind, deren Einfluß den der proletarischen Elemente überwiegt. In seinem Schlußwort nahm Genosse Haase ebenfalls zu dieser Frage Stellung und wies an der Hand der Bruderladenvahl nach, daß der größte Teil der Bergbauangestellten die Liste der Nationalsozialisten gewählt hat. Es wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen:

### Resolution.

Der IX. Unionstag stellt fest, daß seit Errichtung der gemeinsamen Landeszentrale (Doborová Sdruzeni Cestolovenští) im Jahre 1927 die Tätigkeit der Union unter Beobachtung der Beschlüsse und Richtlinien dieser Zentrale erfolgt.

Der IX. Unionstag bringt zum Ausdruck, daß die Union der Bergarbeiter nach wie vor die Statuten und Beschlüsse der Bergarbeiterinternationalen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Reichsburg als verpflichtend anerkennt.

Die aus diesen internationalen Verbindungen resultierenden Verpflichtungen sind weiterhin bestimmend für das Verhältnis der Union der Bergarbeiter zu anderen Bergarbeiter- bzw. gewerkschaftlichen Organisationen des In- und Auslandes.

Durch die im August 1930 erfolgte Verschmelzung des Sdruzeni horniku in Brügg mit der Jednota horniku in Brügg ist letzteres automatisch aus der Bergarbeiterkoalition ausgeschieden. Die Jednota horniku in Brügg hat bereits im Januar 1930 sich um die Aufnahme in die Bergarbeiterkoalition beworben. Die Verschmelzungsbedingungen des Sdruzeni horniku mit der Jednota horniku verlangen ebenfalls die Aufnahme der Jednota horniku in die Koalition der Bergarbeiter.

Nachdem die Jednota horniku bei dem bisherigen fallweisen Zusammengehen mit den koalitierten Bergarbeiterverbänden die getroffenen Vereinbarungen über die gewerkschaftlichen Ziele, Kampfmittel und Methoden eingehalten hat, erteilt der Unionstag dem Vorstand die Ermächtigung, gemeinsam mit dem Duz horniku unter Berücksichtigung der oben angeführten Grundsätze erforderlichenfalls die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Die kommunistische Bergarbeiterorganisation hat sich im Jahre 1929 neuerdings gebildet, indem ein sogenannter revolutionärer Bergarbeiterverband unter dem Namen: „Verband der Bergbauindustriearbeiter in der Tschechoslowakischen Republik“ gegründet wurde. Der neue Verband konnte nur einen Teil der ehemaligen Mitglieder an sich ziehen, der größte Teil verfiel dem Indifferentismus, ein wesentlicher Teil fällt die Kader der Faschisten und Salentkruzer. Ein verhältnismäßig kleiner Teil verblieb beim internationalen Allgewerkschaftlichen Verband, welchem im August 1930 dem Doborová Sdruzeni Cestolovenští angeschlossen hat.

Durch die Tätigkeit der Kommunisten, durch

das Ansteigen der faschistischen und Salentkruzerischen Bergarbeiterbewegung, durch die Zunahme des Indifferentismus unter den Bergarbeitern werden nur die Interessen des Grubentapitals gefördert, der Kampf der Bergarbeiter gegen das Grubentapital und um die Verbesserung der Lebenshaltung aber ungeheuer erschwert und geschwächt. Daraus ergibt sich, daß auch nur ein zeitweises Zusammengehen mit diesen Bergarbeiterorganisationen den Bergarbeitern als Ganzem nur zum Nachteil gereichen würde und darum nicht in Frage kommt. Diese Stellungnahme des Unionstages stützt sich auf die Erfahrungen, die mit diesen Organisationen in den letzten Jahren bei gemeinsamen Aktionen gemacht wurden.

Der IX. Unionstag erneuert den Beschluß des Fallener Unionstages über die Einstellung zu gewerkschaftlichen Organisationen, indem er erklärt:

„Die Beteiligung oder unterstützende Teilnahme von Unionsmitgliedern, Funktionären oder Angestellten an Sitzungen, Konferenzen, Versammlungen oder sonstigen Tagungen, welche die Kommunisten und die übrigen gewerkschaftlichen Organisationen unter welchem Decknamen immer veranstalten, stellen eine Handlung dar, die gegen den Zweck und das Statut der Union verstößt. Die Beteiligung an Sitzungen dieser Organisationen, insbesondere auch der „Roten Hilfe“, die Unterstützung kommunistischer, faschistischer oder Salentkruzerischer Kampfdaten bei Wahlen in Körperschaften, die sachungsgemäß in den Wirkungsbereich der Union der Bergarbeiter gehören, werden ebenfalls als Handlungen, die gegen den Zweck und das Statut der Union verstößen, erklärt. Der Unionstag beauftragt den Unionsvorstand, bei solchen Anlässen gemäß diesen Beschlüssen und der Statuten vorzugehen.“

In Anbetracht der organisatorischen Zustände unter der Bergarbeiterschaft richtet der Unionstag an alle Unionsmitglieder den eindringlichen Appell:

Alle Beschlüsse und Anregungen der Union zeitlos zu erfüllen, die Schachtoorganisationen als wichtige Einrichtungen des Verbandes aufzubauen, daneben aber auch durch emsige Aufklärungs- und ständige Werberarbeit den Einfluß der Union zu stärken und zu vermehren, damit die Errungenschaften und Rechte der Bergarbeiter mit Erfolg verteidigt und die Aufgaben, die die Union sich gestellt hat, zum Wohle des gesamten Bergproletariates erfüllt werden können.

Ueber

### Wirtschaftsfragen

sprach in einem 1½stündigen Referat Genosse Pohl, der u. a. ausführte: Wir stehen gegenwärtig in einer schweren Wirtschaftskrise, deren äußere Erscheinungen sinkende Kaufkraft, steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Geschäftslage bei sinkendem Zinsfuß sind. Wir können die Aufgabe nicht leisten, daß die Krise in der Tschechoslowakei nicht das Ausmaß wie in anderen Ländern erreicht hat, müssen aber feststellen, daß es bei den natürlichen Voraussetzungen in unserem Staat möglich sein müßte, unseren Anteil an der Weltwirtschaftskrise zu vermindern. Die Maßnahmen internationaler Art zur Vinderung der Weltwirtschaftskrise, die auf der Weltwirtschaftskonferenz vorgeschlagen wurden, sind von denselben Regierungen, deren Vertreter diesen Beschlüssen zustimmten, nicht durchgeführt worden. Wir konnten im Gegenteil feststellen, daß die kapitalistischen Länder ihre

bereits nach Monatsfrist ins Verhängnis trug. Verurteilung! Die aus Wien abgeschaffte Hausgehilfin, die in ihrer Heimatgemeinde Mittelbach keinen Menschen kennt und in Wien einen Dienstplatz wieder angenommen hat. Ihre „Herrschaft“ schäht sie als fleißige und tüchtige Arbeitskraft. Verbotene Rückkehr! Die Hilfsarbeiterin, die aus der Werkstätte ein paar werelose Leinwandstücke mitgenommen hat, um zu Hause ihre Wäsche zu flicken. Wert drei Schilling. . . Beitrag!

„Ich mache jetzt eine Pause“, sagte der junge Richter zu dem staunenden „Staf“. In seinem Amtszimmer angelangt, sperrt er ab, wirft Talar und Barett auf einen Sessel, läßt sich schwer niederfallen und brüht, den Kopf in die Hände gestützt. Ein endloser Film namenlosen Grauens zieht an ihm vorüber. Hungerfront! 1930! „Das Verbrechen entsetzt aus der Bosheit des Täters. . .“, sagt das Strafgesetzbuch. Aber in den Gestalten, die täglich vor seinen Richterisch, vor das gußeiserne Kreuzigt und vor seine Seele treten, ist nicht mehr Bosheit als in den Sätzen dieser Bürgerwelt, den braven Verdienern und sorglichen Familienvätern oder in den entrümpelten Hausfrauen, die mit erhobenem Schwurfinger gegen ihre Hausgehilfinnen zeugen, weil sie ein Paar alte Seidenstrümpfe entwenden haben, um Sonntag dem Liebsten schöne Beine zeigen zu können. „Mit der Unkenntnis des gegenwärtigen Strafgesetzes über Verbrechen kann sich niemand entschuldigen. . .“, sagt das Gesetz. Am wenigsten er, der Richter. . . Er muß es wissen, daß es erlaubt ist, wenn Mätelstinnen leichtsinnigen Arbeiterfrauen unnütze Sachen aufschwappen und dabei neunundneunzig Prozent verdienen, daß es aber eine Straftat bildet, wenn dieselben Arbeiterfrauen den Stroh am Samstag ins Verhängnis tragen, weil der Mann arbeitslos geworden ist und sie am Sonntag ihren Kindern wieder einmal ein Stückchen Fleisch vorlegen wollen. . . Er muß es wissen, daß es erlaubt ist, Praktikantinnen sechzig Schilling monatlich zu bezahlen, daß es aber eine Straftat bildet, wenn dieselben Praktikantinnen ein Abfallstückchen Kopfen den Hergens in ihr Handtäschchen stopfen, um den alten Hut zu Hause damit aufzuputzen. . .

Rein, die Unwissenheit des Gesetzes kann niemanden entschuldigen. . . Er hätte nicht über Lust, den ganzen Krampel hinzuhauen und sich krank zu machen. . . Da war unlängst diese lungenkranke, junge Frau, wegen einer kleinen Verletzung vor Jahren aus Wien abgehoppelt, die über Sonntag ihren Kleinen, den sie bei Verwandten untergebracht hatte, besuchen wollte. . . Verbotene Rückkehr! Im Wiederholungsfalle laut Strafgesetzbuch bis zu drei Monaten strengen Arrests. . . Da fiel ihm ein, daß auch seine eigene Frau in letzter Zeit so blaß ausah. Das Gebirge würde ihr guttun. Man darf sich nicht immer wieder vom Berufsungsgericht aufheben lassen, hatte ihm ein älterer Kollege gesagt, der sich über das Grauen im Frondienst der strafenden Gerechtigkeit hinweghelft, indem er als vorzüglicher Dialektiker die Sprechweise der Angeklagten und Zeugen unter Beifallsgeklächter der Kiebitze nachahmt. . . Rein, man darf oben nicht auffallen. . . Man muß avancieren. Man muß mit aller Kraft die höhere Gehaltsstufe anstreben. Mit dreihundertsechzig Schilling im Monat ist es verflucht schwer zu repräsentieren und einen Euben aufzuschieben. Und die Frau ist so blaß. . . Er hatte es nie im Leben leicht gehabt. Erst die Hungerjahre des Studiums, dann die neuerlichen Hungerjahre der Gerichtspraxis, am Nachmittag eine kaufmännische Nebenbeschäftigung, von der niemand wissen durfte, am Abend das Häffeln für die Richteramtprüfung mit nicht immer vollem Magen. . . Andere Kollegen haben es leichter gehabt. . . Wie spät ist es denn schon, um Gotteswillen halb elf. Und noch zwanzig Verhandlungen. . .

„Also, bekennen Sie sich schuldig? Ja? Dann keine langen Umschweife. Ich habe noch andere Verhandlungen. Schön, Vernehmen Sie das Urteil! Sie mühten wissen, daß man nicht betteln darf. . . Im Namen der Republik! Angeklagter ist schuldig. . . Bierzehn Tage strengen Arrests. . . Sie nehmen doch die Strafe an, sonst beruft der Herr Staatsanwalt und Sie bekommen vier Wochen! . . . Also rechtskräftig. . . Die nächste Verhandlung!“

Zollmauern noch erhöht haben. Die Wirtschaftskrise zu beheben, heißt, das kapitalistische Wirtschaftssystem beseitigen. Jölle, Dumping, Kartelle usw. vermögen die Wirtschaft nicht anzukurbeln. Die Unternehmer wollen der Öffentlichkeit einreden, daß es, nachdem ihre Wirtschaftspolitik fehlerhaft ist, nur ein Mittel gibt, um die herrschende Krise zu beseitigen, d. h. den Preisabbau durch Lohnabbau. Demgegenüber erklären wir, daß sich die Bergarbeiterkraft auch bei uns gegen eine solche Zumutung mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen wird, weil wir erstens wissen, daß nicht der Lohnabbau, sondern nur die Erhöhung der Kaufkraft der Massen durch Lohnhöhungen zur Beseitigung der Wirtschaftskrise beitragen kann und weil zweitens, vom Bergbau gesprochen, der Lohnanteil an den Gesamtkosten der Kohlen viel niedriger ist als in anderen Staaten. Dasselbe gilt aber auch bei anderen Waren, bei denen der Zwischenhandel 50 und mehr Prozent des Preises einsteckt. Unsere Unternehmer glauben auch der Wirtschaftskrise beizukommen, indem sie die Arbeiter um ihre sozialpolitischen Errungenschaften bringen, um sich so gewisse „soziale Lasten“ zu ersparen. Die gegenwärtige Wirtschaftslage ist auch in der Tschechoslowakei trübselig. Ihre äußeren Erscheinungen sind die Verringerung des Banknotenumlaufes, des Umfangs der bargeldlosen Zahlungen, zahlreiche Betriebsstilllegungen und Einschränkungen und eine ungeheure Steigerung der Arbeitslosigkeit. Ganz besonders drastisch erhellt den Umfang der Wirtschaftskrise der Rückgang unseres Außenhandels. Von der Krise im Kohlenbergbau ist am härtesten betroffen das Ost- und das nordwestböhmische Revier und im Zusammenhang mit letzterem das Revier Falkenau. Wenn auch mit einiger Ausnahme keine Massenentlassungen zu verzeichnen sind, so zeigt doch der Umfang der Kurzarbeit, daß auch unsere Kohlenwirtschaft eine schwere Krise aufweist. Im Durchschnitt können wir sagen, daß im ersten Halbjahr 1930 jeder Bergarbeiter — von den Professionisten abgesehen — 1200 bis 1600 Kronen weniger verdient hat als in der gleichen Periode des Vorjahres. Seit Bestand der Republik wurden 21 Millionen Feierschichten eingelegt, die einen Lohnverlust der Bergarbeiter von nahezu 1000 Millionen Kronen zur Folge hatten.

Genosse Pohl wandte sich dann einzelnen Praktikern der Bergbauunternehmer zu und nahm besonders entschiedene Stellung gegen das Hunteverbot und gegen das Subunternehmertum, sowie gegen das Professionsprivileg bei der Vergabe von Staatslieferungen, besonders der Kohlenlieferungen der Eisenbahn. Zum Schluß beschloß er sich mit der verfehlten Handelspolitik und forderte, daß in Zukunft auch die Wünsche der Bergarbeiter beim Abschluß von Handelsverträgen gehört und die Vertreter der Bergarbeiter zur Neubearbeitung beider Seiten werden. Schließlich forderte er den Parlamentarismus nachdrücklich und forderte sie auf, für die Erfüllung der Forderungen unerschrocken zu arbeiten, da die Durchsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen nur dann möglich ist, wenn die Bergarbeiter über eine entsprechende Macht verfügen. (Starker Beifall.)

**Resolution.**

Die Krise im tschechoslowakischen Bergbau, besonders im Kohlenbergbau, deren allgemeine und besondere Ursachen der letzte Unionstag aufgezeigt hat, dauert unvermindert an. Die vom letzten Unionstag angeregten Maßnahmen zur Beseitigung und Linderung dieser Krise haben weder bei der Regierung noch bei den entscheidenden Körperschaften noch sonst in der Öffentlichkeit Verständnis und Beachtung gefunden, ja im Gegenteil, durch die planlosen Rationalisierungsmethoden der Bergwerkskapitalisten verschärft sich die Krise immer mehr. Die Folgen dieser anarchistischen Wirtschaft sind für die Bergarbeiter verhängnisvoll. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit drücken ihren ohnedies zu niedrigen Lebensstandard in einer Weise herab, daß sie sich im Zustand einer dauernden drückenden Notlage befinden.

Indem der Unionstag dies feststellt, erhebt er nachstehende

**Forderungen:**

1. Die Errichtung von Kohlenzwangs Syndikaten mit entsprechender Vertretung der Bergarbeiter, denen die Distribution der Kohle nach einem bestimmten Wirtschaftsplan und Verkaufsmethoden, die Kontrolle und Regelung der Gesteuerungskosten, sowie die Preisbestimmung übertragen wird.
2. Bei Abschluß von Handelsverträgen ist auf die heimische Kohlenwirtschaft gebührende Rücksicht zu nehmen und der Kohlenrat in gleicher Weise zur Mitwirkung und Mitberatung heranzuziehen wie die Handelskammern und landwirtschaftlichen Korporationen.
3. Die Einfuhr von Kohle, Koks und Briketts ist auf das vertragmäßige Kontingent zu beschränken; die Kohlensteuer ist aufzuheben, die Kohlenzölle der tschechoslowakischen Staatsbahnen herabzusetzen und alle den Export von Bergwerksprodukten hindernenden Maßnahmen zu beseitigen.
4. Die Vergabe von Staatsbahnlieferungen an Kohle und Koks sind nicht protektionistisch, sondern möglichst gleichmäßig, unter besonderer Berücksichtigung der von der Wirtschaftskrise am meisten betroffenen Reviere und Betriebe zu verteilen; die Vergabe dieser Lieferungen hat unter ausreichender Kontrolle zu erfolgen; die der Staatsbahn gelieferten Kohlenmengen sind regelmäßig betriebsweise auszuweisen wie dies früher geschah.
5. Schaffung eines Betriebsstilllegungsgesetzes, mittels welchem den Unternehmern das Recht auf Betriebsstilllegungen, Massenentlassungen, sowie das Recht nach Renaufnahmen von Bergarbeitern eingeschränkt und den Betriebsräten ein wirksames Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird.

6. Die für die Bergarbeiter schädlichen Rationalisierungsmethoden in den Gruben sind durch Verringerung der Arbeitszeit und Lohnhöhungen auszugleichen.

7. Durch staatliche Maßnahmen ist auf eine Beruhigung der Warenpreise insbesondere durch Verringerung der Differenz zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen hinzuwirken.

8. Schaffung eines Gesetzes, durch welches die Grubenbesitzer, der Staat, das Land, Bezirke, Gemeinden und die Grundbesitzer verpflichtet sind, die durch den Bergbau zerstörten Bodensflächen zu reaktivieren, bei welchen Arbeiten die arbeitslosen Bergarbeiter in erster Linie zu verwenden sind.

9. Das Subunternehmertum, das in den Revieren immer größeren Umfang annimmt und sich nur zum Schaden der Bergarbeiter auswirkt, ist einzustellen, ebenso das besonders im nordwestböhmischen Braunkohlenreviere übliche Hunteverbot.

10. Die für die Bergarbeiter drückende Auswirkung der Krise ist möglichst gleichmäßig auf alle Arbeiter der Belegschaften zu verteilen, insbesondere sind:

- a) Ueberstunden und Ueberfrachten ausnahmslos zu verbieten, es sei denn, daß unaufschiebbare Notstandsarbeiten sie als notwendig erweisen;
- b) die notwendigen Reparaturarbeiten an Förderreifen Tagen sind möglichst gleichmäßig auf die Belegschaftsmitglieder aufzuteilen.

**Das Heimwehrministerium.**

Wie es dazu kam.

Wien, 2. Oktober.

Wenn man die Ernennung des Ministers Vaugoin und die Aufnahme der zwei Heimwehrführer in das christlichsoziale Ministerkabinett verstehen will, so muß man bis auf den Rücktritt Seipels, zwei Tage nach Ostern 1929, zurückgehen. Man verstand damals nicht, warum Seipel auf einmal die Platte ins Korn geworfen haben und von der Politik geflohen sein sollte. In Wirklichkeit war er nur deshalb zurückgetreten, um seine Pläne leichter, als er es als Bundeskanzler vermochte, betreiben zu können. Als er von der Mittelmeerreise, die er nach seinem Rücktritt unternommen hatte, zurückkam, sagte er selbst, er sei weggefahren, um „durch seine Abwesenheit sein politisches Konzept durch die Arbeit anderer vollenden zu lassen“. Während die Heimwehrführer den „Marsch nach Wien“, die Eroberung Wiens „mit der Waffe in der Faust“ ankündigten, intrigierten Seipels Beauftragte gegen die Lösung der Krise. Es dauerte einen vollen Monat, ehe man einen Bundeskanzler fand, und weitere drei Wochen, ehe dieser seine Regierung fertig brachte. Der neue Bundeskanzler war der Großindustrielle Stresemann, ein Mann vom gemäßigten Flügel der Christlichsozialen. Die Seipel-Ära zwang ihn aber als Heeresminister Herrn Vaugoin, den derzeitigen Minister, auf, mit dem von der „Reichspost“, dem christlichsozialen Zentralorgan, offen ausgesprochenen Argument, daß „nur Vaugoin's Wiederwahl der neuen Regierung das Vertrauen jener Kreise wiedergewinnen könne, deren Glaube an das Parlament und den Parlamentarismus, ja vielfach selbst an die Demokratie erschüttert“ sei. Hier haben wir also das Programm Vaugoin's mit dem der Heimwehren offen identifiziert. Um diese Zeit hielt Seipel in Tübingen einen Vortrag, in dem er über die Uebel der „Parteiherrschaft“ klagte und darüber, daß die Abgeordneten „unter dem Einfluß der hinter ihnen stehenden Wähler bleiben“.

Es kam dann der Sommer der Heimwehraufmärsche, wobei sich Seipel immer offener an die Seite der Heimwehren stellte. Dann kam schließlich der Zusammenbruch der Bodencreditanstalt und dann die Regierung Schöberl, die die weiteren Zusammenbrüche aufhalten mußte. Unter dem Eindruck dieses Krachs flaute die Heimwehrebewegung etwas ab. Aber heuer im Frühjahr begannen die Aufmärsche von neuem und am 18. Mai ließ Seidel, der Heimwehrführer und christlichsoziale Bundesrat, seine Mannen in Korneuburg ein Gelöbniß auf den Faschismus ablegen. Starhemberg war in Korneuburg nicht erschienen, aber er bereitete sich zu erklären, daß ihm das Vorgehen Seidels noch zu wenig radikal sei. Unter dem Einfluß Seipels beschloß die christlichsoziale Fraktion am 4. Juni, daß der Korneuburger Eid, den auch christlichsoziale Mandatäre geleistet hatten, mit den Grundfähen der christlichsozialen Partei vereinbar sei.

Im April hatte Seipel, um die widerstrebenden Elemente der Partei zum Gehorsam zurückzuführen, seine Obmannstelle zurückgelegt und war nach Deutschland abgereist. Sein Rücktritt wurde zwar mit seiner geschwächten Gesundheit begründet, aber seine Getreuen selbst verrieten, daß auch politische Gründe maßgebend waren. Einstimmig bittet ihn der Klub, zurückzukehren. Wenige Stunden nach diesem Beschluß hält er in Elberfeld eine Rede, in der er es als Irrtum erklärt, Demokratie und Republik zu verwechseln oder gar Demokratie mit Parlamentarismus! Nun überläßt er die Stelle des Obmanns seinem getreuen Knappen Vaugoin, mit dem zusammen er den gemäßigten Flügel seiner Partei immer mehr zurückdrängt, bis er es schließlich wagen kann, offen das Bündnis mit der Heimwehr zu verkünden. Aber auch da sucht er sich ein Alibi und während Vaugoin in seinem Auftrag das Messer schärft, um Schöberl abzuschießen, unternimmt er eine Vortragsreise nach Norwegen.

Aber dieser hat in der Abwesenheit des Meisters die Karten zu sehr aufgedeckt, daß die Sozialistengesellen nicht mehr mit können. Vergeblich sucht Seipel nochmals mit der antimarksischen Parole die alte Front wiederherzustellen. Da ihm das nicht gelingt, muß er — vorzeitig — die Regierung mit den Heimwehren bilden. Immer hat



**Hannerle macht Mutter ein Geschenk.**

Mutter hat Geburtstag. Hannerle hat ihr Sparbüchsel geleert. Und was kauft der kleine Schlaupkop für? Zwei Pakete Radion! Sie weiß genau, damit macht sie Mutter bestimmt eine große Freude. Mutter schwört auf Radion, denn

**RADION**

WASCHT ALLEIN SCHONT DIE WÄSCHE

**30 Jahre „Trautenauer Echo“.**

Unser sozialdemokratisches Wochenblatt für Nordostböhmen, das „Trautenauer Echo“ erscheint in der Folge vom 5. Oktober in verstärktem Umfang. Das Blatt kann nunmehr auf einen dreißigjährigen Bestand zurückblicken. Entstanden in der Frühzeit der modernen Arbeiterbewegung, hatte es viele schwere Kämpfe durchzuringen, doch konnte damit sein Bestand nicht vernichtet werden; im Gegenteil, im Laufe der Jahre hat sich das Blatt unaufhaltsam gesteigert. Für diese Tatsache spricht der Umstand, daß es nun schon dreimal wöchentlich erscheint. In all den Jahren seines Bestandes hat das „Trautenauer Echo“ seine Bestimmung, den Arbeitern Aufklärung und moralische Stützung zu bringen, redlich erfüllt. Unserem Glückwunsch zum 30jährigen Jubiläum fügen wir die Hoffnung bei, daß das „Trautenauer Echo“ noch Tagblatt für das nordostböhmische Gebiet wird.

**Prager Demonstranten vor Gericht.**

Drei und fünf Monate Kerker bedingt. Prag, 3. Oktober. Heute wurde beim Kreisstrafgerichte in Prag die Verhandlung gegen die wegen der Demonstrationen der Vortwoche Angeklagten fortgesetzt.

In ganzen wurden vier Fälle verhandelt und zum Abschluß gebracht. In erster Linie hatten sich der 24jährige Monteur Justus Michovsky und seine Schwester Dana aus Weinberge zu verantworten. Beide waren des Vergehens der Zusammenrottung und des Widerstandes gegen die Wache angeklagt. Michovsky außerdem des Vergehens der öffentlichen Gewalttätigkeit. Nach Durchführung des Beweisverfahrens erhielt Michovsky fünf Monate schweren Kerkers, seine Schwester wurde nur wegen des Vergehens der Zusammenrottung zu drei Wochen Kerker verurteilt. Die Strafen sind bedingt.

Der Senat des Oberstes Hadik hatte sich mit insgesamt drei Fällen zu befassen. Angeklagt war der 18jährige Handlungsgehilfe Friedrich Malina aus Weinberge wegen des Vergehens der unvollendeten und vollendeten öffentlichen Gewalttätigkeit und wegen der Uebertretung des Waffengesetzes. Diese Straftat ließ sich Malina vor dem Deutschen Hause auf dem Graben zuschulden kommen, wo er verhaftet und bei der Leibesuntersuchung bei ihm ein Boxer gefunden wurde. Der Senat verurteilte Malina gemäß der Anklage zu drei Monaten schweren Kerkers. Hinsichtlich des bedingten Strafausschusses wurden die nötigen Recherchen eingeleitet.

Die weiteren Angeklagten, der 22jährige Sattler Stanislaus Kull aus Zizlow und der 26jährige Schlosser Karl Koura, waren des Vergehens der unvollendeten Gewalttätigkeit angeklagt, dessen sie sich einerseits vor dem Deutschen Hause, andererseits vor dem Biograph Kory in der Langen Gasse, wo sie Steine warfen, schuldig machten. Kull, der die Tat gestand, wurde zu drei Monaten Kerker gemäß der Anklage verurteilt, während Koura nur des Vergehens der Zusammenrottung schuldig erkannt und zu 14 Tagen strengen Arrests verurteilt wurde. Hinsichtlich des Strafausschusses in beiden Fällen wurden die Erhebungen eingeleitet.

**Mährisch-schlesischer Landesausschuß.**

Brünn, 3. Oktober. In der heutigen Sitzung wurden die Ergebnisse der Verhandlungen in den einzelnen Kommissionen des Landes, die in der vorigen und in dieser Woche tagten, bekanntgegeben. Weiter gab der Vorsitzende, Landespräsident Cerny, bekannt, daß in der nächsten Woche noch eine Sitzung der Finanzkommission abgehalten werden wird, in der die Vorlagen, die der Landesausschuß für die nächste Tagung der Landesvertretung vorbereitet hat, verhandelt werden. Die Vorlage über die Veränderung des Brünner tschechischen Nationaltheaters wurde im Landesausschuß mit dem von der Finanz- und von der Kulturkommission beschlossenen Änderungen genehmigt. Weiter wurde unter anderem der Beschluß der Gemeindevertretung Briunn betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 6.550.000 K für Schulbauten und einer Anleihe von 4.600.000 Kronen für die Erbauung von Wohnhäusern bewilligt. Der Landesausschuß beschloß weiter in den Beratungsausschuß für Jugendfürsorge beim Ministerium für soziale Fürsorge für den Landes-

ausschuß den Landesausschußbeisitzer Sida (tschechischer Sozialdemokrat) und als Ersatzmann den Landesausschußbeisitzer Dera zu entsenden.

**Rundgebungen gegen Briand.**

Weil er einen Krieg mit Deutschland herbeiführt. Paris, 3. Oktober. Außenminister Briand und Handelsminister Flaudin sind gestern aus Genf wieder in Paris eingetroffen. Als Briand aus dem Zuge stieg, trat plötzlich ein Mann auf ihn zu und machte ihm, wie Savas berichtet, laute Vorwürfe, er führe den Krieg mit Deutschland wieder herbei.

Es handelte sich um den 36 Jahre alten kriegsbeschädigten Architekten Bourruqui, Führer einer royalistischen Sektion. Er wurde festgenommen, während Briand ausrief: „Das konnte gar nicht anders kommen.“ Der Architekt hat, wie sich aus einer bei ihm vorgefundenen Fahrkarte ergab, denselben Zug von Genf nach Paris benützt wie Briand. Als Briand in Paris den Honnet Bahnhof verließ, hatten sich auf dem Boulevard Diderot etwa 40 Camelots du roi versammelt, um eine Kundgebung gegen Briand zu veranstalten. Die Polizei schritt ein und verhaftete mehrere von ihnen. Unter ihnen befanden sich u. a. der Sekretär der royalistischen Jugend und ein Advokat.

**Bomben gegen einen ukrainischen Konsumverein.**

Schwere Zerstörungen angerichtet. Warschau, 3. Oktober. Ein Bombenattentat wurde gestern nachts in Lemberg auf das Gebäude der ukrainischen Konsumgenossenschaft „Centrosouz“ verübt. In rascher Reihenfolge explodierten eine Anzahl von Bomben mit starker Explosivkraft. Das Innere des Gebäudes mit dem Warenlager und den gesamten Dokumenten und Büchern ist vernichtet. In den umliegenden Häusern wurden etwa 300 Fenster Scheiben zertrümmert. Der Pächter und seine Familie, die allein in dem Hause wohnten, wurden durch den Luftdruck aus ihren Betten geworfen und verletzt. Verschiedene Gäste einer gegenüberliegenden Gastwirtschaft wurden durch Glas splitter verletzt. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Wie der Pächter behauptet, ist das Gebäude abends geschlossen und niemand später mehr eingelassen worden. Augenzeugen wollen dagegen zwei verdächtige Gestalten gesehen haben, die kurz nach dem Attentat das Haus verließen.

**Bom Rundfunk.**

Sonntag. Prag: 8.30—9.00 Orgelkonzert; 18.00—18.45 Wiederholende ober-schlesischer Kampfbund; Deutscher Abend; 19.30—22.00 Übertragung aus dem Wiener „Die goldene Aurore“, Operette von F. Zell. — Brünn: 10.00—12.00 Zenon-Konzert; 16.00 bis 17.30 Nachmittagskonzert; — Mährisch-Schlesien: 9.00—10.00 Schallplatten; 16.00—17.30 Nachmittagskonzert; — Verberg: 10.20 bis 11.00 Schallplatten; 12.00—13.30 Mittagskonzert; 16.00—17.30 Nachmittagskonzert; — Berlin: 11.00 Harmonikonzerte; 12.00 Mittagskonzert; 14.30 Gefänge; 16.00 Unterhaltungsmusik; 19.30 „Die Seufzerbrüder“, Operette von J. Offenbach; — Dresden: 7.00 Frühkonzert; 13.30 Mandolinenkonzert; — Hamburg: 11.30 Frühkonzert; 18.00 Sonntagskonzert; 20.00 Orchesterkonzert; 21.15 Offenbachs. — Köln: 11.00—12.00 Fehn Jahre feiergewerkschaftliches Seminar; 20.00 Jacques Offenbach; Jun 50. Todestag; — Königsberg: 10.30 „Die Seufzerbrüder“, Operette von J. Offenbach; — Leipzig: 11.45 Frühkonzert; — Rügen: 17.30—18.15 Wälder von der Bogenheide; 20.00 Offenbach-Abend; — Stuttgart: 19.30 Das jugoslawische Volkslied; 20.00 „Angelina“, Oper von G. Rossini; — Wien: 10.30 Chorvortrag; 11.30 Wiener Symphoniker; — London: 11.25 Orchesterkonzert; — London: 11.25 Orchesterkonzert; — Paris (Hôtel de Ville): 19.20 Konzertübertragung; — Rom: 20.35 „Das Mädchen aus dem goldenen Westen“, Oper von Puccini.

# Tagesneuigkeiten.

## Das sind die Folgen!

München, 3. Oktober. Der „Völkische Beobachter“, das in München erscheinende Organ Hitlers, brachte in seiner Ausgabe vom 1. Oktober, die am 30. September abends erschien, unter der Ueberschrift „Nationale Würdelosigkeit“ einen Artikel, in dem das Blatt mit scharfen Worten darauf hinwies, daß in dem bekannten Münchener Caféhaus „Fürstenhof“ eine tschechische Kapelle konzertiert und fordert, daß angesichts der letzten Ereignisse in Prag dem Auftreten tschechischer Musiker in München ein Ende gemacht werde. Die tschechischen Mitglieder der Kapelle erhielten die Kündigung. Die Kapelle zählte im ganzen 14 Mitglieder, darunter befanden sich sechs Tschechen.

## Ufsage der Berliner Philharmonie!

Berlin, 3. Oktober. Wilhelm Furtwängler, der berühmte Dirigent, hat auf Grund der bekannten Zwischenfälle und Kundgebungen in Prag seine Zusage zum Konzert mit dem Berliner Philharmonischen Orchester, das am 9. Oktober in Prag stattfinden sollte, zurückgezogen.

München, 3. Oktober. Die auf den 30. Oktober angelegte Uraufführung der Oper „Die geliebte Stimme“ des tschechischen Komponisten Weinberger ist, wie die Leitung der bairischen Staatstheater mitteilt, vom Spielplan abgesetzt worden. Die Intendanz begründet ihre Maßnahme damit, daß es offenbar unmöglich scheint, die neue Oper Weinbergers als erste Uraufführung der bairischen Staatstheater herauszubringen, solange nicht in Prag der Kampagne gegen das Deutsche Einhalt geboten sei.

## Verhaftung des tschechischer Raubmörders.

Kaschau, 3. Oktober. Die Kaschauer Polizei verhaftete heute den Urheber des Raubmordes in Celakowitz vom 1. Oktober d. J. Der Polizeiwache wurde gemeldet, daß auf der Hauptstraße ein Motorradfahrer den Schneider-Geisler Sidzios Noterrasthof haben und ihm als Entschädigung 500 bis 600 Kronen anbieten wollte und daß der Besitzer des vom Chauffeur Peres gelenkten Motorrades einen Führerschein auf den Namen des Großhändlers Rosenbergs aus Groß-Pollmar bei Kaschau habe, obwohl er richtig Karl Hampf heiße. Die Polizei ordnete die Verhaftung aller drei Personen an. Bei Hampf wurde ein geladener Revolver, ein größerer Geldbetrag, ein blutbesetztes Taschentuch, Watte und ein blutiger Verband gefunden. Beim Verhör stützte sich Hampf auf den Bezirkspolizei-Inspektor Madera, doch wurde er von der herbeieilenden Wache gefesselt. Hampf erklärte hierauf, daß er nach Rußland reisen wollte, daß er Geld gebraucht, zu diesem Zwecke seiner Mutter in Königgrätz ein Einlagebüchsl auf 13.000 Kronen gestohlen und das Geld gehoben habe. Eine Anfrage in Königgrätz ergab jedoch, daß kein Einlagebüchsl gestohlen worden war.

Der Polizeifreiwärter Pazah, der unter den Papieren Hampfs auch Zeitungen gefunden hatte, die so zusammengelagert waren, daß an erster Stelle die Meldung über den tschechischen Raubmord zu sehen waren, überraschte den Verhafteten mit der unerwarteten Frage über den tschechischen Raub. Hampf brach bei dieser Frage zusammen und gab zu, den Raub durchgeführt zu haben. Zur Tat habe er sich zwei Tage vorbereitet. Durch eine Anfrage bei der Gendarmeriestation in Celakowitz stellte die Polizei fest, daß in einem Kamine der Vorschulklasse ein Teil des Holzgriffes eines Revolvers gefunden worden war. Genau derselbe Teil fehlte an Hampfs Revolver. Durch genaue Messungen wurde der Beweis erbracht, daß Hampf tatsächlich in Celakowitz war. Ein Stück des Revolvergriffes war abgesprungen, als Hampf auf die Beamtin Wagner mit dem Revolver einschlug. Eine genaue Durchsuchung Hampfs ergab, daß er Verletzungen an kleinen Fingern, an der Handfläche und am Fuße aufweist. Hampf erklärte, er habe mit dem Revolver Schießübungen durchgeführt und sich hierbei angezogen, tatsächlich sind aber zwei Schüsse aus dem Revolver losgegangen, als Hampf mit ihm auf die Wagner einschlug. In Kaschau traf Hampf gestern vormittags mit dem Prager Schnellzuge ein. Er wollte sich ein Motorrad kaufen, doch waren infolge des südlichen Festertages die Geschäfte geschlossen. Als er erfuhr, daß der Großhändler Rosenbergs ein Motorrad verkaufen wolle, reiste er nach Groß-Pollmar und kaufte das Motorrad mit dem Hinweis, daß es in Rußland nicht genügend Eisenbahnverbindungen gebe. Es wurden bei ihm 7400 K gefunden, so daß der Großteil des geraubten Geldes gerettet werden konnte. Er wurde in die Haft der Kaschauer Staatsanwaltschaft eingeliefert, von wo er nach Prag eskortiert werden dürfte.

## Zodesurfrage: Delogierung.

Western ereignete sich in Neu-Deßlau bei Brünn ein Verfall, der ein bezeichnendes Licht auf die herrschenden Verhältnisse wirft. Der 72-jährige Schuldiener Weinlich sollte aus dem Hintergarten, in dem er wohnte, be-

giert werden. Weinlich, der sich die Sache schon seit längerer Zeit sehr zu Herzen genommen hatte, erlitt nun gestern, als er delogiert werden sollte, einen Schlaganfall, dem er auch, ehe noch die Rettungsgesellschaft eintraf, erlag.

## Wer hat hier Gott gelästert?

### Die Berufsungsverhandlung im George Grosz-Prozess.

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III in Berlin wird am Freitag zum vierten Male der Gotteslästerungsprozess gegen den Maler George Grosz zur Verhandlung kommen, nachdem die Berufsungsverhandlung immer wieder vertagt worden war, weil die Justiz dem schwierigen Prozeßkomplex offenbar mit einzigem Unbehagen gegenüberstand. George Grosz wurde im Dezember 1928 wegen Vergehens gegen § 186 des Strafgesetzbuches an Stelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die gleiche Strafe traf den Direktor des Malik-Verlags, Wieland Herzfelde.

Anlässlich der Aufführung des „Schweiff“ hatte George Grosz bei Malik graphische Illustrationen herausgebracht, von denen drei wegen Beschimpfung christlicher Einrichtungen, des Predigeramtes, des Priestertums und der Christusverehrung unter Anklage gestellt wurden. Das Bemerkenswerte unter den inframinierten Bildern war Christus am Kreuz in Gasmaske und Militärfächeln. Die Beurteilung des Schöpfungsgeschichts Charlotenburg erfolgte wegen dieses Christusbildes, während die Anklage hinsichtlich der beiden anderen Bilder fallen gelassen worden war.

Im April 1929 kam es zu jener aufsehenerregenden Berufsungsverhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Siegert, in der George Grosz und Wieland Herzfelde unter einer sehr bemerkenswerten Begründung freigesprochen wurden. Landgerichtsdirektor Dr. Siegert führte in seiner dramatischen Begründung aus, daß Millionen von Frontsoldaten während des schrecklichen Völkermordes beim Anblick eines Christusbildes die gleichen Empfindungen wie George Grosz gehabt hätten. Von einer Gesandtschaft wurde daher keine Rede sein, es müsse im Gegenteil annehmen, daß George Grosz aus dem Gefühl heraus gehandelt habe, Christus vor den Vergewaltigern seiner Idee zu schützen. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hob der zweite Strafsenat des Reichsgerichts das freisprechende Urteil auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Den Vorsitz in der neuen Verhandlung wird wiederum Landgerichtsdirektor Siegert führen. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Stehning, der übrigens als einer der wenigen fortschrittlichen Staatsanwälte Roabits angesehen wird. Auf den Ausgang des höchst interessanten Prozesses darf man mit Recht gespannt sein.

## Der „humane“ elektrische Stuhl

Chicago, 3. Oktober. (Reuter.) Dreihundert Personen waren Zeugen, wie zwei Regier, die beim Versuche eines Elektraes einen Mord begingen, auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet wurden. Einer der Regier litt an teilweiser Paralyse und war stark nervös. Er wurde vom Strome nicht sofort getötet und der Tod trat erst nach drei Minuten ein. Eine ganze Reihe von Zuschauern fiel beim Anblick der schrecklichen Qualen dieses Rogers in Ohnmacht.

## Das Meer als Energiequelle.

### Ausnutzung der Meerestwärme durch eine Turbine.

Wie die Blätter aus Ruba melden, ist es dem französischen Erfinder Georges Claude nach mehrjährigen Versuchen gelungen, die Wärmeenergie des Meeres in Energie umzuwandeln. Bisher gelang es, eine Turbine in Bewegung zu setzen, die zehn Kilowatt erzeugt. In einem an den „Matin“ gerichteten Telegramm teilt Georges Claude mit, die bisherigen Ergebnisse seien noch gering, doch könne nicht abgesehen werden, bereits an große Einrichtungen gedacht werden, die für die Menschheit eine Garantie dafür sein werden, daß sie niemals infolge Mangels an Brennstoffen und mechanischer Energie zugrunde gehen wird.

## Flugzeugabsturz.

Paris, 3. Oktober. Gestern gegen Abend stürzte unweit des Flugplatzes von Dreix ein Zivillflugzeug ab. Der Pilot und drei Passagiere, darunter eine Frau, verbrannten. Das Unglück ist auf eine plötzliche Motorstörung zurückzuführen.

## Stichflamme verbrennt sechs Arbeiter.

Offen, 3. Oktober. Bei Reparaturarbeiten an einer Gasanlage auf der Kolerei der Rattberg-Schächte bei Repten-Baerl (Kreis Moers) kam es heute zu einer Explosion, bei der sechs Arbeiter und Kupferbeamte durch Stichflammen zum Teil schwer verletzt wurden. Ueber die Ursache der Explosion ist noch nichts bekannt.

## Selbstmörder springt aus dem Flugzeug.

Hannover, 2. Oktober. Nach der Landung des Flugzeuges der Strecke Hamburg-Hannover flüchtete der Passagier Raedle, daß gegen 11 Uhr 10 ein zweiter Passagier, Pipler, in offenbar selbstmörderischer Absicht aus dem Flugzeug gesprungen sei. Beide Passagiere hätten neben einander gesessen und Raedle habe interessiert aus dem Fenster die Landschaft betrachtet, bis er einen scharfen Luftdruck verspürt habe. In diesem Augenblick habe er gesehen, wie sich Pipler hinausstürzte, ohne daß er ihn daran hindern konnte. Die Kriminalpolizei ist mit der Untersuchung des Vorfalles beschäftigt. Die Gendarmerie sucht die Leiche in der Gegend von Reudorf südlich Hamburg.

Hamburg, 3. Oktober. Die völlig zerschmetterte Leiche des Passagiers, der, wie gemeldet, heute Mittag aus dem Verkehrsflugzeug der Strecke Hamburg-Hannover sprang, ist in der Nähe von Sottorf im Kreise Haaburg aufgefunden worden. Nach den zurückgelassenen Papieren des Toten handelt es sich um einen 34-jährigen Chauffeur Paul Kessler aus Schmollwitz in Schlesien, der seinen Wohnsitz in Hamburg hatte. Der Pilot des Flugzeuges war durch das Schwanken der Maschine auf den Vorgang aufmerksam gemacht worden, mußte aber den Flug nach Hannover fortsetzen, von wo er Meldung nach Hamburg gab.

Am Grabe des Genossen Ebert. Ein Bodenbacher Genosse schreibt: Auf einer Studienreise kommunaler Vertreter aus Deutschösterreich, den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei, aus Schweden, Dänemark, Vordland und Finnland in reichsdeutsche Städte, veranstaltet vom „Verein für Kommunalwirtschaft in Berlin“, kamen die Teilnehmer auch nach Heidelberg. Im Reiseplan war für diese Stadt als erstes ein Besuch am Grabe des ersten Reichspräsidenten auf dem dortigen Friedhof vorgesehen. Die sozialdemokratischen Teilnehmer dieser Reise — es waren deren 12 — gaben die Anregung, aus diesem Anlasse am Grabe einen Kranz niederzulegen. Sie fanden aber bei den Vertretern, die anderen Parteirichtungen angehören, kein Verständnis und sie beschlossen daher, die Kranzniederlegung im Namen der sozialdemokratischen Teilnehmer zu besorgen. Nach der Ankunft in Heidelberg am 27. September wurden die Teilnehmer der Reise mittels Geschäftsreisewagens zum Friedhof gefahren und dort legte Genosse Ruff aus Teplitz-Schönau im Namen der sozialdemokratischen Teilnehmer einen Kranz mit einer Schleife in den Reichsfarben nieder und gab dies auch in einer kurzen Rede bekannt, in der er insbesondere in dem Verstorbenen den Schöpfer der Weimarer Verfassung pries. Die Vertreter der Stadt Heidelberg waren nicht wenig erstaunt, als sie nachher erfuhr, daß die nationalen Vertreter nicht mehr Verständnis und Pietät aufgebracht haben, daß eine gemeinsame Kranzniederlegung familiärer Teilnehmer der Studienreise hätte erfolgen können. Bei unseren Vertretern des Bürgerturns geht eben der Klassenhaß auch über das Grab hinweg und der Parteihäß desgleichen, was durch die Nichtteilnahme an der Kranzniederlegung den nichtsozialdemokratischen Teilnehmern der Exkursion auszudrücken (mit einer Ausnahme) beliebt hat.

Ein Reichsdeutscher in Olmütz wegen Verleumdung der Republik verhaftet. Wir lesen im „Währischen Tagblatt“: Zwei reichsdeutsche Globetrotter, die angeblich zu Fuß die Welt durchwandern und vom Ansichtskartenverkauf leben, hielten sich kürzlich auf dem Durchmarsch einige Tage in Olmütz auf. In einer Gastwirtschaft in Olmütz-Neugasse zeigten die beiden Globetrotter ausgiebig. Nach dem achten Krug Bier begann der eine von ihnen, namens Wilhelm Thychan aus Düsseldorf, seiner Unzufriedenheit mit der Tschechoslowakischen Republik laut und drastisch Ausdruck zu geben. Er rief: „Ich sch... auf die Republik!“ Diese Ausrufung wiederholte er, obwohl ihn die anwesenden Gäste zur Ruhe mahnten, noch einigemal. Ein Wächter wurde geholt, Thychan wurde verhaftet und dem Gerichte eingeliefert. Er wird sich vor dem Olmützer Kreisgericht wegen Vergehens nach dem Schutzgesetze zu verantworten haben.

Strafantrag gegen die „Narodni Wist“. Wegen Ende der heutigen Kurzeit erschien in den „Narodni Wist“ ein von der Schriftstellerin Anna Fleglova gezeichnete Aufsatz über Karlsbad, in welchem die Verfasserin verschiedene Beschwerden gegen Karlsbad vortrug und die Kurstadt als vom „Deutschtum verflucht“ zu bezeichnen keinen Anstand nahm. Auch sonst enthielt der Aufsatz in den „Narodni Wist“ soviel Ausfallendes gegen Karlsbad und seine Verwaltung, daß der Karlsbader Stadtrat sich nunmehr veranlaßt sah, sich in einer ausführlichen Beschwärtschrift und unter Berufung auf das Schutzgesetz an das Justizministerium zu wenden und die strafrechtliche Verfolgung des tschechischen Blattes zu fordern.

Fingierter Raubüberfall? Der Postbedienstete Viktor Stuta aus Deutsch-Buttein hat die Anzeige erstattet, daß er am 1. d. M. von einem unbekanntem Manne überfallen und beraubt wurde. Dem Räuber seien zwei Postfächer mit 13.500 K, die Stuta von der Station der schlesischen Landesbahnen zu dem nahen Postamt in Dittmannsdorf tragen sollte, in die Hände gefallen. Die Sicherheitsorgane nahmen eine Untersuchung dieser Angelegenheit vor und forschten auch in der Richtung, ob dieser Raub nicht fingiert ist. Stuta

wurde verhaftet und gestand nach einem Kreuzverhör, daß er den Raub nur vorgekauft habe, um in den Besitz des Geldes zu gelangen. Er vereinbarte mit einem gewissen Emil Pionta in Dittmannsdorf, ihm die Postfächer zu „tauben“. Pionta wurde gleichfalls verhaftet. Er leugnet die Tat. Eine Hausdurchsuchung bei ihm war erfolglos. Die Polizei setzt die Nachforschungen fort.

Salzmann ausgewiesen! Philipp Salzmann, der nach seiner Begnadigung aus der Strafanstalt Stein in Krems (Österreich) entlassen war, erhielt von der dortigen Bezirkshauptmannschaft die Mitteilung, daß er aus Österreich ausgewiesen sei. Diese seltsame Maßnahme der Bezirkshauptmannschaft: muß als ein Racheakt der reaktionären Kreise bezeichnet werden, die über die Begnadigung des höchstwahrscheinlich unschuldig verurteilten Juden Salzmann empört sind. Uebrigens paßt diese Ausweisung, die in gar keinem Sinn zu dem Begnadigungsakt des Bundespräsidenten steht, vorzüglich in den jüdisch-antisemitischen Kurs des Kabinets Juscsin-Starobinski.

Verzweiflungstakt einer Mutter. Im städtischen Amtshaus in Graz stürzte sich die geschiedene Polizeibeamtensgattin Johanna Schaffenski mit ihrem 7 Jahre alten Sohn vom dritten Stock in den Lichtschacht hinab. Die Mutter war sofort tot, während der Knabe noch mit dem Tode ringt. Als man in der Wohnung nachsah hielt, fand man die neun Jahre alte Tochter der Frau erschossen im Bett liegend auf.

Mordanschlag im Amtszimmer. Wie der Berliner „Lokalanzeiger“ meldet, wurde von einer Frau Bache auf den Vizepräsidenten Kühne der preussischen Bau- und Finanzdirektion in seinem Amtszimmer ein Mordanschlag verübt. Frau Bache ist die Gattin des Baumeisters, der früher Aufträge für die preussische Bau- und Finanzdirektion ausgeführt hat. Aus bestimmten Gründen wurden Bache vor einiger Zeit diese Aufträge entzogen. Frau Bache war es gelungen, Einlaß in das Amtszimmer des Vizepräsidenten zu finden. Sie zog eine Pistole und legte auf Kühne an. Ein im Zimmer anwesender Verwandter des Vizepräsidenten konnte noch im letzten Augenblick der Frau die Waffe aus der Hand schlagen. Frau Bache wurde festgenommen. Anscheinend handelt es sich um einen Racheakt.

En-opafung der Junkers „938“. Das größte deutsche Landflugzeug, die Junkers „938“, wird nach der erfolgten Genehmigung durch das Reichsverkehrsministerium heute früh um 8 Uhr von Dessau aus einen Europafahrt unternemen, bei dem 15 Staaten besucht werden. Die erste Etappe führt über Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest, Konstantinopel, Saloniki, Athen nach Rom. Der weitere Flug dürfte die Mittelmeerküste entlang gehen. Führer des Flugzeuges sind die Flugkapitane Zimmermann von den Junkerswerken und Brauer von der Deutschen Luftflotte.

Explosion in einer Schießbude. In Zobitschau (Mähren) zerrieben Donnerstag nachmittags zwei Angestellte der Wanderschießbude und des Ringelspiels, J. Paperts aus Aussig, etwa ein halbes Kilogramm Schießpulver, das plötzlich explodierte. Der junge Mann, der das Pulver mahlte, erlitt im Gesicht so schwere Verwundungen, daß man eine Erblindung befürchtet. Ein anderer Angestellter des Unternehmens erlitt schwere Verwundungen im Gesicht und an den Beinen. Die 12-jährige Tochter des Ringelspielhabers erlitt leichtere Verwundungen. Sämtliche Verletzten wurden ins Landeskrankenhaus in Olmütz übergeführt.

Zwei Brüner Schülungen in Ungar aufgegriffen. Donnerstag abends hielt die Polizei in Ungar zwei 13-jährige Knaben, Franz Barabec und Wenzel Hauser aus Adamstal bei Brünn, an. Sie hatten zu Hause 300 K entwendet und fuhrten über Preshburg-Kaschau nach Uhorod. Wie sie angeben, sind sie aus Furcht vor Schulprüfungen und dem Schulleiter geflüchtet.

Die Heppresse. Die Staatsanwaltschaft in Prag teilt mit: Die Zeitung „Expres“ vom 3. Oktober l. J. wurde von der Staatsanwaltschaft in Prag wegen des auf der ersten Seite unter der Ueberschrift „Antitschechische Demonstrationen in München“ veröffentlichten Artikels beschlagnahmt.

Ueber „Genossenschaftsbewegung und Verwirklichung des Sozialismus“ spricht in einer gemeinsamen Versammlung des sozialen Instituts der tschechoslowakischen Republik unter Masaryks Gesellschaft für Soziologie Genosse Dr. Karl Krenner-Wien, am Donnerstag, den 9. Oktober 1930, um halb 8 Uhr im Vortragsaal des Ministeriums für soziale Fürsorge, Prag II., Palackého nám. 4. Eintritt frei. Gäste willkommen.

## Stellenbahnkatastrophe in Bari.

Paris, 3. Oktober. Unweit des Bahnhofes Saint Lazare bei der Haltestelle Pont Carbet stieß heute kurz vor acht Uhr abends, zur Zeit des größten Verkehrs, ein aus dem Bahnhof ausfahrender Zug mit einem von Dieppe kommenden leeren Zug zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde ein vollbesetzter Waggon zweiter Klasse und ein Waggon des leeren Zuges zertrümmert. Der Passagiere bemächtigte sich eine Panik, so daß die Reisenden die Waggons verließen und die Geleise betraten, welche von anderen Zügen besetzt wurden. Bis jetzt wurden sechs Tote und dreißig Verwundete festgestellt. Es bestehen jedoch Befürchtungen, daß man unter den Trümmern der beiden Waggons noch weitere Opfer findet.

**Massenarbeitslosigkeit auch in Rumänien.** Nach der letzten Statistik wächst die Zahl der arbeitslosen Beamten in Rumänien zusehends. Die Gesellschaft Morga, die kürzlich die rumänische Telephongesellschaft erhielt, hat mehr als 20.000 Gesuche um Einstellung innerhalb von 5 Tagen erhalten.

**Tagung des Zentralausschusses der Naturfreunde in Prag.**

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Naturfreunde-Internationale, des Nationalrates Paul Richter aus Wien, fanden am letzten Samstag und Sonntag in Prag Beratungen des Zentralausschusses unserer Naturfreunde statt. Vertreten waren die Schweiz, Deutschland, Oesterreich und die Tschechoslowakei. Das Arbeitsprogramm war sehr umfangreich; für die weitere geistliche Entwicklung des Vereines wurden wichtige Beschlüsse gefasst.

Am Samstag fanden sich die Delegierten mit Vertretern verschiedener deutscher und tschechischer Proger Kulturorganisationen bei einem Begrüßungsbund zusammen. Für den Reichsausschuss der Naturfreunde in der Tschechoslowakei und die Ortsgruppe Prag begrüßte Strnad die ausländischen Teilnehmer in der Hauptstadt dieses Landes; später gab er einen Überblick über das Touristenwesen in der Tschechoslowakei. Namens der tschechischen Kulturorganisationen sprach Genosse Velenitsky, der für eine enge persönliche Fühlungnahme der deutschen und tschechischen Arbeitertouristen eintrat.

Der Vorsitzende, Genosse Richter, dankte für die freundliche Aufnahme und für die übermittelten Grüße. Er sagte u. a.: Die Tagung wurde dieses Jahr nach Prag verlegt, um unsere Internationalität auch gegenüber den tschechischen Arbeiter-Touristen zu bekunden, welche wir leider noch nicht in unseren Reihen haben, trotzdem die Naturfreunde-Internationale wohl schon eine statistische Anzahl anderer Nationen umfasst. Er bedauert lebhaft, daß die tschechischen Arbeiter-Touristen nicht anwesend sind, und spricht den Wunsch aus, daß auch bald die tschechischen Arbeiter-Touristen, so wie jene der anderen Nationen unserer Internationale, einen Gruß haben werden: Bergfreil! Gute Nacht! Er hofft zuversichtlich, die tschechischen Arbeiter-Touristen zur Olympiade in Wien begrüßen zu können. — Den Genossen Sclaba ersucht er, den Gruß unserer Internationale den tschechischen Arbeiter-Sportler zu vermitteln. — Am Sonntag Nachmittag besichtigten die Delegierten in einem eigenen Cedo-Autocar die Sehenswürdigkeiten der Stadt. Nat. lorr.

**Vom St. Hierotrius.**

**Erfindungen in Oesterreich.**

Ein Wiener Erfinder hatte — lange vor Opel — einen Motorwagen konstruiert. Die Versuche mit dem Altpatmodell waren verlosch gelungen. Nur die praktische Erprobung des fertigen Autos stand noch aus.

Der Erfinder setzte sich hin und schrieb ein Gesuch an die Polizeibehörde, man möge ihm an einem der nächsten Vormittage den Probefahrt am Alperner Flugfeld gestatten.

Das Gesuch wurde abgewiesen! Und zwar grundsätzlich! Weil — wie es in der amtlich-johannischen Begründung hieß — laut Feuerwerksordnung aus dem Jahre sechshundertfünfundsiebenzig Luftballons von protokollischer Art nicht vor Eintritt der Dunkelheit veranstaltet werden dürfen.

**Wöhnerin.**

Meine Frau besuchte mich vor acht Wochen mit einem Mädchen. Von der Ordnenkassette der Stadt B. erhielt sie daraufhin eine Wöhnerinnenunterstützung. Mit der letzten Rate wurde ihr eine Krankheitsbescheinigung ausgehändigt, auf der u. a. steht:

„Die Erkrankte hat sich die Erkrankung weder vorsätzlich noch bei Vergebung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder durch schuldhaftige Beteiligung bei Schlägereien oder Raufhändeln zugezogen.“

**Der Lote und der Hund.**

Vor kurzem lachte man über das in Wien passierte Meisterstück eines Bürokraten, der einem Wähler mitgeteilt hatte, daß „Sie nicht in die Wählerliste eingetragen werden können, weil Sie am ... ten dieses Monats gestorben sind.“ — Von einer ähnlich sinnvollen amtlichen Verlautbarung berichtet die „Frankfurter Zeitung“ aus einem deutschen Kleinstädtchen. Dort richtete das



Bürgermeisteramt an einen Bürger der Stadt folgenden Schreiben: „Es wird zum wiederholten Male beim unterzeichneten Amt Beschwerde darüber geführt, daß Ihr Hund ganze Nächte hindurch bellt und die Anwohner in ihrer Nachtruhe stört. Bei Vermeidung einer Polizeistrafe werden Sie hierdurch

**Das große Sterben.**

**Pestepidemie in der Nordmandschurei.**

Von Paul Diner-Denes.

In der Nordmandschurei ist eine Pestepidemie ausgebrochen. Die Beulen- und auch die Lungenpest hat bisher die Bevölkerung zahlreicher Dörfer ausgerottet. In einigen Tagen waren mehrere hundert Todesopfer zu verzeichnen. Die Epidemie breitet sich aus.

In früheren Zeiten war die Kunde von einer Pestepidemie das Entsetzen aller Menschen, heute ist sie nurmehr eine Zeitungsnachricht. Heute bedeutet für den Europäer das geisterhafte Wort „Pest“ kein Grauen mehr, höchstens nur ein leichtes Gruseln. Aber in Asien... dort wüthet die Pest noch immer und verlangt jahraus, jahrein viele Millionen Todesopfer. In Indien gab es zum Beispiel in den ersten vier Jahren dieses Jahrhunderts über vier Millionen Pesttote, und ihre Zahl geht auch heute noch in die Hunderttausende.

Die Geschichte der Pest, die mit namenlosem Elend und Pein verknüpft ist, reicht bis in die vorchristlichen Zeiten. Von dem damaligen Auftreten dieser Seuche wissen wir nur wenig. Keilschriften und Tontafeln bekunden: Es wüthete eine geheimnißvolle Epidemie (wahrscheinlich die Pest) und verlangte zahllose Opfer.

Wann und wo die Furie Pest vom Orient zum Okzident übersprang, wissen wir nicht genau. Der Zeitpunkt und auch der Weg lassen sich nicht einwandfrei feststellen. Sicher ist nur, daß erst im 6. Jahrhundert n. Chr. der Gift aus dem Morgenlande mit voller Kraft zunächst im römischen Reich in Afrika trat.

Im 14. Jahrhundert entvölkerte dann die Pest halb Europa und raffte ungefähr den vierten Teil der Bevölkerung dahin. „Schwarzer Tod“, „Das große Sterben“ nannten unsere Vorfahren diese schauerliche Seuche. Sie trat zuerst in Sizilien, Marseille und einigen anderen Hafenstädten auf und verbreitete sich mit ungeheurer Schnelle über den ganzen Kontinent.

Unbeschreibliche Verheerungen richtete dieser rasende Tod an. Niemand war seines Lebens sicher, selbst die Flucht half nichts, da ja die Pest in ganz Europa tobte. Die Menschen glaubten, die Pest sei eine Strafe Gottes, nannten sie „Gottespeitel“ und gekelkten sich, um auf diese Weise den Zorn des Himmels abzuwenden. Es entstand ein regelrechter religiöser Wahn, man sah überall Projektionen, deren Teilnehmer sich geihelten, um dann in der nächsten Stunde, von der Pest betroffen, zu Boden zu fallen.

Auf den Straßen spielten sich wahre Höllezenen ab. In den Jahren 1348—1350 soll Europa durch die Seuche 25 Millionen Menschen verloren haben. Und diese hohe Ziffer ist glaubhaft, wenn man einige Zahlen hört. In Neapel starben in diesen drei Jahren 60.000 Menschen, in Venedig über 100.000. In Oxford gab es zu jener Zeit 20.000 Studenten, 20.000 wurden Opfer der Pest.

Und die Menschheit stand machtlos der grauenvollen Seuche gegenüber. Erst im Jahre 1894 gelang es zwei Wissenschaftlern: Kitasato und Fenjin, die Pestbazillen zu entdecken. Die Forscher stellten fest, daß die Pestbazillen durch die Haut, ganz besonders durch die Hautverwundungen — selbst durch unbedeutende Risse — in den Körper gelangen. Die Wissenschaft erkannte auch bald,

aufgefordert, etwaigen weiteren Ruhestörungen vorzubeugen, und dem Ruhestörer diese Warnung zu eröffnen.“ Der also Ermahnte tat dies und zeigte pflichtgemäß seinem Bürgermeister an, daß er dessen Schreiben seinem Hunde, als dem Ruhestörer, mehrmals laut vorgelesen habe und sich der Hoffnung hingabe, daß der Ruhestörer sich fernerhin im Sinne der amtlichen Mahnung verhalten werde.

**Das Prinzip.**

Vor kurzem wartete ich in einer kleinen Station auf einen verspäteten Zug. Die grimmtige Kälte veranlaßte mich, in den Warteraum zu gehen, der auf einer dem Perron abgewandten Seite liegt und wo eine Tafel die bekannte Mitteilung trägt: „Auf diesem Bahnhofe wird zu den Zügen nicht abgerufen.“

Einem Eisenbahner, den ich gerade erwischte, sprach ich die Befürchtung aus, im Warteraum die Ankunft des Zuges zu überhören.

„Na, na“, beruhigte mich da der Biedere, „fast wird ja eh' ausgerufen, nur prinzipiell not.“

Daß Schmutz und Elend die besten Verbreiter dieser Krankheit sind. Reinlichkeit, streng durchgeführte sanitäre Maßnahmen sind also die Schutzmittel. Diese Feststellungen machen es verständlich, warum die Pest in Indien noch immer nicht ausgerottet ist.

Die Entdeckung der Pestbazille war aber nur einen kleinen Schritt vorwärts geschritten. Im Jahre 1918 machte dann der Direktor des Hamburgischen Hygienischen Instituts, Professor Dumb ar, eine weitere bedeutende Entdeckung. Der Gelehrte wollte in Java, und dort gelang es ihm, festzustellen, daß Pestbazillen nicht nur durch die Körper der Kranken, sondern auch durch verschiedene Lebensmittel übertragen werden. Die Übertragung geschieht also nicht nur vom Kranken zum Kranken, sondern mittels der Schimmelpilze auch durch gewisse Sorten von Lebensmitteln, besonders von Reis. Dieser Umstand macht es begreiflich, daß in China immer und immer wieder Pestepidemien wüthen.

Innerhalb sieben Tage nach der Ansteckung pflügt die Pest auszubrechen. Diese Inkubationszeit dauert oft nur 2 bis 3 Tage, selten bis 10 Tage. Die ersten Anzeichen der Pest sind: hohes Fieber, Müdigkeit, Kopfschmerzen und Apathie. Die Pestbeulen (angeschwollene Lymphdrüsen) erscheinen an den verschiedensten Körperstellen, schwellen an und erreichen zumeist die Größe eines Taubeneies.

So die Beulenpest. Die Lungenpest, die auch durch Husten und Niesen verbreitet wird, ist weit gefährlicher. In der Regel verläuft die Krankheit innerhalb ein bis zwei Tagen tödlich. Interessant ist es, daß in den Sommermonaten fast immer die Beulenpest auftritt.

Die ärztliche Wissenschaft kennt auch heute noch keine sicheren Mittel gegen diese Gefahr. Es gibt zwar eine Art Impfung, aber bei der Lungenpest ist auch diese Impfung ergebnislos. Die einzige Möglichkeit ist die streng durchgeführte Quarantäne. Die Pest hat nach Europa zwei Wege. Der eine führt durch den Suezkanal und das Mittelmeer, der andere ist der Weg der Karavannen, aus Asien bis zum Schwarzen Meer. Man muß also diese Knotenpunkte, die Einfallstore, sorgsam überwachen, um auf diese Weise der Pestgefahr zu steuern.

Um dies zu erreichen, wurden zahlreiche internationale Pestkonferenzen abgehalten. Eine der ersten tagte im Jahre 1897 in Venedig. Die Regierungen aller europäischen Länder besprachen dort die notwendigen Abwehrmaßnahmen. Es wurde eine Pestkonvention beschlossen, der sämtliche europäischen Staaten beitraten. Zur Durchführung dieser Konvention wurde in Konstantinopel ein „Comitee superieur de sante“ gegründet. Die Aufgabe dieses Rates ist, die Pest an ihrer Einbruchsstelle aus Indien nach Europa aufzuhalten. Im Jahre 1911 wurde dann nach Wulden eine andere internationale Pestkonferenz einberufen, die sich hauptsächlich mit der chinesischen Pest befahte.

Und tatsächlich, die streng durchgeführten Abwehrmaßnahmen bewirkten, daß die Pest in Europa immer seltener und seltener wurde. Die letzte große Pestepidemie wüthete in Europa im Gouvernement Astrachan zu Ende des Jahrhunderts. Seither gab es in Europa nur vereinzelte Pestfälle, aber keine Pestepidemien.

**Wollen Sie Ihren Umsatz erhöhen?**

Dann verkaufen Sie das, was Leute verlangen! Taschenlampen und Batterie PALABA — überall propagiert, daher überall bekannt und beliebt — bedeuten auch für Ihr Geschäft eine neue, ständige Einnahmequelle. Auf Ihre Zuschrift erhalten Sie jede nähere Information von

PALA & CO., Elemente- und Batteriefabrik A. G., Seblan



**Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Kommunistische Machenschaften in Konsumvereinen.**

In den Kreisen der tschechischen Konsum-Genossenschaften werden seitens unserer Parteifreunde wieder einmal die kommunistischen Machenschaften aufgedeckt, die in der letzten Zeit von den „Unentwegten“ in Prag, Bann usw. betrieben werden, um die Konsumvereine auf die „richtige“ Linie zu bringen.

Die Vermutung, daß es sich um wohlorganisierte Vorstöße der kommunistischen Partei handelt, wird durch einen von der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ in Hamburg herausgegebenen Geheimverlaß bewiesen. Danach hat das Zentralkomitee der KPD, Sekretariat, Genossenschaften, detaillierte Anweisungen für die Vorbereitungen der Vertreterwahl bei den reichsdeutschen Konsumvereinen herausgegeben. Eingangs des Geheimbefehls werden gewisse Fehler der kommunistischen Stoßtrupps in den Konsumvereinen geahndet. Der Kampf sei nicht genügend mit den politischen Hauptfragen verbunden gewesen, er „müsse politisch offensiv gegen die sozialdemokratische Klassenverräterpolitik“ geführt werden. Der Geheimverlaß betont, daß bei diesem Kampf vor allem je nach der politischen Situation folgende Fragen zu behandeln sind: „Der Kampf gegen Volkswucher und Steuererraub (auch die genossenschaftliche Steuerbelastung und die Stellung der Genossenschaftsreformisten). Die Verweigerung der proletarischen Solidarität in Arbeiterkämpfen und die Aufgaben der Konsumvereine in diesen Kämpfen. Die Beteiligung des KPD an kapitalistischen Trüsten (Zündholzfabrikat, Schuwerkonzern). Die Beseitigung der Mitgliederbestimmungsrechte. Die Ausschlußoffensive der Reformisten. Die Stellung zur imperialistischen Kriegsgefahr, zu Faschismus und Sozialfaschismus. Gleichzeitig müssen die Wahlkämpfe ausgenutzt werden zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen über den „Genossenschaftssozialismus“ und die „Wirtschaftsdemokratie.“

Befohlen wird die Schaffung von kommunistischen Genossenschaftsfraktionen, die Aufstellung von Vorschlagslisten, wobei politisch befähigte Kommunisten als Spitzenkandidaten zu nominieren sind, worauf noch genauere Anleitungen über die Art der Agitation gegeben werden.

Aus dem Ganzen erzieht man, daß die Kommunisten überall dort, wo sie es halbwegs vermögen, ihre zerstörende Spaltungsarbeit im erhöhten Maße nun in die Konsumvereine tragen wollen, nachdem sie so ziemlich bei allen übrigen proletarischen Organisationen bereits fertig sind. An dem gefundenen Sinn der Genossenschaftsmitglieder wird auch dieser Vorstoß scheitern. Dafür wird allenthalben gesorgt werden.

**Zur guten Arbeit gehört gute Beleuchtung.**

Leben in schlechter Beleuchtung ist dürrtiges Leben. Bessere Beleuchtung kostet nur wenig mehr als schlechte, aber sie macht das Leben sehr viel leichter und angenehmer. Die Arbeit geht besser und schneller vonstatten. Der Mensch ist bei besserem Licht in besserer Arbeitsstimmung.

Fragen Sie wegen Verbesserung Ihrer Beleuchtung die Osram-Verkaufsstellen, das Elektrizitätswerk oder sonstige Elektro-Fachgeschäfte.



**Innenmattierte OSRAM-LAMPEN geben besseres Licht**

Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags um 3 Uhr am Schönauer Friedhof

Genossen und Genossinnen! Alle Organisationen haben an diesem Tag jede Veranstaltung zu unterlassen und sich an dieser Gedenkfeier zu beteiligen.

# Seliger-Gedenk-Feier

## Mitteilungen aus dem Publikum.

### Das Rezept des Augenarztes

Kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachmännlich angepaßt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Koruna“, ausführen.

## Kunst und Wissen.

### Erstes philharmonisches Konzert.

(Neues Deutsches Theater, Freitag, den 3. Oktober)

Das Programm dieses Konzertes war ein klassisch-romantisches, im letzten Teile modern frisiertes. Georg Szell als sein künstlerischer spiritus rector und musikalischer Leiter hatte es mit glücklicher Hand zusammengestellt. Vor allem für das Hauptwerk des Konzertes, Felix Mendelssohn-Bartholdys „Italienische Sinfonie“ (die vierte unter fünf Schwestern), sei er bedankt. Denn leider nur zu selten begegnet man heute den sinfonischen Werken dieses großen deutschen Musikromantikers im Konzertsaal. Und gerade an Mendelssohn sollte man sich nicht satt hören können, weil doch alle seine Werke in der Form so wunderbar, im Aufbau so klar, im harmonischen Gefüge so beglückend torrelt und rein sind. Gilt doch Mendelssohn mit Recht als das ideale Vorbild für jeden Musiker, wie man einen guten und richtigen Satz schreibt. Seine fünf Sinfonien sind zwar keine titanischen Kolossal-schöpfungen von überwältigender Größe, aber Tondichtungen von bezwingender Schönheit und echt romantischer Haltung. In der „Italienischen Sinfonie“ ist der Ton der Heiterkeit und Freude vorherrschend; sie spiegelt die Eindrücke wieder, die ihr Tondichter auf seiner italienischen Reise empfing. Sie ist vorzüglich auf den Rhythmus eingestellt, selbst in den beiden langsamen, elegisch-romantischen Mittelsätzen. Mendelssohns einzigartige Meister-schaft als Rhythmusmeister offenbart aber vor allem der als „Galliarillo“ (Springtanz) bezeichnete, dahin-wirbelnde letzte Satz. Georg Szell, selbst ein Rhythmusmeister durch und durch, interpretierte das Werk mit unerhörter rhythmischer Straffheit und Präzision, wundervoll gegliedert und aufgebaut in den einzelnen Sätzen, ganz wunderbar erfasst im unterschiedlichen Charakter der einzelnen Teile der Sinfonie. Das passioniert spielende Theater-Orchester leistete ihm hierbei zuverlässigste Gefolgschaft und zeigte sich als sinfonischer Klangkörper von außerordentlicher Anpassungs-fähigkeit an die Wünsche und Absichten seines Dirigenten. Das zweite Hauptwerk des Konzertes war Ludwig van Beethovens Violinkonzert mit Orchesterbegleitung, jenes blühend-schöne und großartige Werk, das unbestritten die Krone aller Violin-Konzerte ist und das öffentlich zu spielen der Sehnsuchtswunsch aller großen Geiger ist. Diesmal hörten wir es von dem Ungarn Joseph Szigeti, einem Geiger ganz großen künstlerischen Formates, der großen, seelenvollen Ton mit Ausdruck und Reinheit des Stiles verbindet; dem die Technik (und welche brillant ausgeglichene und blendende) nur selbstverständliches Mittel zum Zwecke der vollkommenen Interpretierung des Kunstwerkes ist. Konzertante Größe offenbarten die beiden Sätze des Konzertes, größten Empfindungs-reichtum der verkörperte, langame Mittelsatz. Als Schlussnummer des Konzertprogrammes hatte Szell die „Bilder aus einer Ausstellung“ gebracht, Originalkompositionen für Klavier, nach dem Vorbilde Robert Schumanns komponierte japanische Programmsätze der kleineren Kunstform von dem erst in den letzten Jahren zur Geltung gelangten russischen Tonsetzer Rodolff Nus-sorgski 1835-1881), die der zeitgenössische französische Tonsetzer Maurice Ravel in ein teils pikantes, teils schillerndes, modernes Instrumental-gewand gekleidet hat, mehr im grotesken als im romantischen Sinne, mehr in raffinierter als immer geschmackvoller Weise, mit einem größeren Auf-wand an Orchesterstimmen als manchmal nötig. An stimmungsvoller Wirkung jedenfalls haben die russisch-japanischen Klavierstücke durch Ravel's pomp-haftes Orchesterkleid nicht viel gewonnen, aber an Intimem Reiz alles verloren. Das Theater war ausverkauft, weil ein schönes Programm und künst-lerisches Ereignis ludte. Wollte es auch künstlich bleiben! Szell und Szigeti, der Geiger und Solist, wurden stürmisch gefeiert; auch das Orchester durfte sich für reich verdienten Beifall bedanken.

E. J.

## Auf den Spuren der Urmenschen.

Skelettfunde in Europa und Asien. — Der Streit um den Neandertaler.

Der schwedische Geologe Johann Gunnar Andersson hat bekanntlich in der Nähe von Peking Ausgrabungen geleitet, die zur Auffindung eines chinesischen Urmenschen führten, und zwar wurden zunächst zwei Zähne gefunden, die seinerzeit das größte Aufsehen erregten und weltberühmt wurden. Später wurde dann ein Backenzahn zutage gefördert, der als der merkwürdigste Zahn der Welt bezeichnet wurde und Anlaß gab, die Ausgrabungen mit erhöhtem Eifer fortzusetzen, wobei dann zahlreiche Skelette zutage gefördert wurden, die es möglich machen, diesen Vertreter einer ausgestorbenen Rasse einigermaßen zu rekonstruieren.

Die Anthropologen sind der Meinung, daß dieser Ur-mensch aus China nicht dem gleichen Menschen-stamme angehört wie wir. Doch sind die weiteren Ergebnisse der Rekonstruktionsarbeiten abzuwarten. Vorhanden sind, wie erwähnt, die verschiedenen Zähne, ferner mehrere Unterkiefer mit Zähnen, eine Stirn-schale, Arm- und Bein-knochen, sowie andere Bein-teile.

Dabei wenden sich die Gedanken unwillkürlich den früheren Ur-menschenfunden zu, vor allem denkt man an den auf Java gefundenen, so viel besprochenen „Affenmenschen“, von dem die einen behaupten, der gefundene Schädel sei nichts anderes als der Schädel einer großen, ausgestorbenen Schim-pansenart, während die anderen auf dem Standpunkt stehen, daß man es nicht mit einem wirklichen Men-schen-schädel zu tun habe, sondern daß dieser sogenannte „Affenmenschen“ die Ausgeburt der allzu großen Phantasie eines Forschers sei. Scharf stehen die Meinungen sich gegenüber.

Auch in Südafrika ist ein sogenannter „Affen-mensch“ gefunden worden: bei diesen afrikanischen Funden ist die Sachlage aber noch nicht so weit geklärt, daß man mit Sicherheit wüßte, ob die gefundenen Skelette wirklich zusammengehören und ob sie einstmals ein Individuum gebildet haben!

In Arafaka bei Kratina wurden Funde gemacht, die darauf schließen lassen, daß hier Kämpfe stattgefunden haben, die ausgegrabene Schädelstücke

zeigen nämlich Spuren von Feuer und waren un-vertrennbar in frischem Zustande zerschlagen.

Es wird allmählich also nicht nur das Aussehen der Ur-menschen erforscht und aufgedeckt, sondern man gewinnt auch einen Einblick in ihre Lebensgewohn-heiten und den Stand ihrer „Kultur“, wenn man sich so ausdrücken darf.

Der bei Heidelberg gefundene Ur-mensch soll nach der Meinung der Gelehrten ja ein Alter von mehreren Hunderttausend Jahren haben; bewiesen ist wohl, daß er vor der Eiszeit gelebt hat. Am auf-fallendsten ist an ihm der niedrige Schädel, der halb tierische Gesichtsausdruck, sowie das Fehlen des Kinns an dem groben, starken Unterkiefer.

Vielleicht ist es ganz interessant, an den Streit zu erinnern, der sich bei der Auffindung des „Nean-dertal-menschen“ erhob. Im Neandertal wurden be-kanntlich zufällig von Steinbauern Knochen gefunden, die sie für Bärenknochen hielten und achlos beiseite-warfen. Dann aber kamen die Stücke einem Natur-forscher in die Hände, und nun flammte ein heftiger wissenschaftlicher Disput auf. Die Gelehrten fanden alle möglichen Gründe für die seltsame Bildung des Schädels und der andern Skeletteile: sie behaupteten, der betreffende Mensch hätte in seiner Jugend die englische Krankheit gehabt oder im Alter die Gicht, so daß dadurch Mißbildungen hervorgerufen worden wären. Ein Gelehrter meinte sogar, das Skelett müsse einem „Wilden“ angehören, der sich durch Zufall so weit nach Norden verirrt und hier sein Grab ge-funden hätte. Wieder andere sagten, es müsse die Leiche eines Kosaken sein, der mit dem russischen Heer gegen Napoleon gezogen sei. All diese streitenden Stimmen verstummten aber, als die späteren Funde von Ur-menschen gemacht wurden, die das Bild unserer Väter ziemlich genau aufstellten. Die berühmten Höhlenmenschen Südfrankreichs stellen dann eine höher entwickelte Stufe des Ur-menschen dar, doch geht ihr Alter ja auch nur auf Jahrzehntausende zurück. An den dort ausgegrabenen Schädeln wird besonders das schöne Profil gerühmt.

## Kinderfreunde Prag.

Samstag, 4. Oktober,

### Ausflug nach Jásíši.

Treffpunkt: Endstation der 17er und 21er Linie um 3 Uhr nachmittags. Führung: die Genossinnen Hofbauer und Fuchs. Elternabend; am Montag, den 6. Oktober, um acht Uhr abends im kleinen Saal des Handwerkervereines (Urania) Smečlagasse. Es ist eine Dis-kussion über das Thema „Erziehung zur Selbstständigkeit“ vorgesehen. Den einlei-tenden Vortrag hält die Genossin Gisela Paul.

großen Finanzierungsbanken. Es wird das Top-pelgestalt der modernen Architektur gezeichnet, die mit ihren großen einfachen Formen zugleich der Großbourgeoisie und dem Trustkapital wie auch dem organisierten Proletariat dient. Veränderte Lebensgewohnheiten, die Ausforderung der Familie usw., erzeugen das Bedürfnis nach veränderten Siedlungsformen. Die neuen Aufgaben des Städte-baus und der Landesplanung werden skizziert, die zwar vom Kapitalismus gestellt werden, aber nur in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung be-friedigend gelöst werden können. Hier mündet die Darstellung in den Gedanken der Aufhebung des Gegenjates zwischen Stadt und Land, den schon Marx und Engels formuliert haben. Ueber 50 Bilder aus verschiedensten Arbeitsgebieten des modernen Bauwesens erläutern den in allgemein-verständlicher Sprache geschriebenen Text. Das Buch stellt die praktische Tagesarbeit, die im Kampfe gegen Wohnungsnot und Mietwucher zu leisten ist, hinein in den allgemeinen Zusammenhang, in das Werden einer Kultur der arbeitenden Klasse, und betont scharf die politischen Voraussetzungen, an die der kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse ge-bunden ist.

Sprachpflege. „Le Traducteur“, franzö-sisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt, das dem Sprachbesessenen die denkbar besten Hilfs-dienste zu leisten vermag und bei seiner Veleitig-keit auch recht unterhaltend ist, sei hier ange-zeigt. Probeheft kostenlos durch den Ver-lag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Herausgeber: Josefried Taub. Chefredakteur: Wilhelm Riecher. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß Prag. Druck: „Kolo“ A. G. 10. Zeitung- und Buchdruck. Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Spitz Prag. Die Zeitungsmarktenstrasse wurde von der Post u. Telegraphen-bureau mit Erlaß Nr. 13 300/VII/1929 dem-Blitz

## Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

### Erklärung!

Mit Bezug auf den in der Folge 31 der Rei-chenberger „Volkswehr“ vom 2. August 1930 auf Seite 4, Spalte 1 unter der Ueberschrift: „Kup-persdorf. (Aus der Gemeindebestube)“ erschienenen Artikel, erklärt die Redaktion der Reichenberger „Volkswehr“, daß sie sämtliche in diesem Artikel enthaltenen, gegen die Herren Rudolf Appelt, An-ton Hauser, Franz Magant, Franz Rogert, Heinrich Thum, Karl Scholz, Mag. v. Karl Wagner, Adolf Wolechal, Rudolf Lautsch, Gustav Krayer, sämtliche Mitglieder der Gemeindevertretung in Kuppersdorf, gerichteten Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns widerrufen und den Belei-digten hiemit volle Genugtuung leistet.

## Anglo-Elementar

Versicherungs-Aktien-gesellschaft in Wien. Direktion für die C. S. R. in Prag. General-Agentenschaft Reichenberg. empfiehlt sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Auto-, Trans-port-, Pferde- und Viehversicherungen zu kulanten Preisen. 674 Bargarantiemittel in der C. S. R. 56 Millionen. Büros: Prag, Narodní tř. 17. Reichenberg, Schützeng. Nr. 21. Brünn, Theater-asse Nr. 6.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag (24-4), 7 1/2 Uhr: „Cécile“. Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Meine Schwester und ich“; 7 Uhr (24-1): „Die Zauberflöte“. Montag (25-2), 7 1/2 Uhr: „Cécile“.

Physikalisch-diätetisches Sanatorium KLEISCHE bei Aussig. Nonzeitliche Einrichtungen. Telefon Aussig 303. Prospekt.

## Sport • Spiel • Körperpflege

### Leichtathletische Verbandsmeisterschaften der M.C.

Der Verband der M.C. veranstaltet heute, Samstag, den 4., und morgen, Sonntag, den 5. Oktober, auf dem Hagibor-Sportplatz in Prag-Straschnitz seine leichtathletischen Meisterschaften, die gleichzeitig auch die Ausscheidungs-kämpfe für das 2. Arbeiter-Olympia 1931 in Wien sind. An den Wettbewerben nehmen die besten Leichtathleten des Verbandes teil und sind daher in den einzelnen Disziplinen schöne und spannende Kämpfe zu erwarten. Gemeldet sind 84 Sportler und 25 Sportlerinnen.

Die Wettkämpfe beginnen heute ab 3 Uhr nachmittags und umfassen folgende Bewerbe: Sportler: 110 Meter Hürden, Diskuswerfen, 400 Meter, Hochsprung, 1500 Meter (Entscheidung), 100 Meter (Vor- und Zwischenläufe), Schweden-läufel, 10- und 5-Kampf (Entscheidung).

Sportlerinnen: Hochsprung, 100 Meter, (Vorläufe), 60 Meter (Vorläufe), 3-Kampf (Entscheidung).

Unentgeltliche Beratungs-kunden der Arbeiterfürsorge finden jeden Samstag von 5-7 Uhr im Verein deutscher Arbeiter, Smečlagasse Nr. 27, statt.

## Aus der Partei.

An die Delegierten der Reichsbil-dungs-Konferenz, der Frauenzei-chs-Konferenz und des Parteitag. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, die Quartier-Anmeldung dem Genossen Richard Lorenz, Kreissekretär in Tepliz-Schönan, Theresiengasse Nr. 18, sofort bekanntzugeben. Es liegt im eigenen persönlichen Interesse eines jeden Delegierten, sich rechtzeitig wegen Unterkunft zu melden.

## Jugendbewegung.

3. J. Prag. Morgen Wanderung ins Pro-topital. Treffpunkt: Endstation der Her-Vektor-schen Hluboký um 8 Uhr vormittags. Musik-instrumente mitbringen!

## Literatur.

Albert Sigrift: „Das Buch vom Bauen.“ (Woh-nungsnot — Neue Technik — Neue Baukunst — Städtebau.) 212 Seiten, Großformat. Mit zahl-reichen Illustrationen. Halbleinen. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. 1930. Preis RM. 4.80 (für Mitglieder Sonderpreis). Zum ersten Male wird hier der Versuch gemacht, Bau-politik, Bauwirtschaft und Baukunst so in ihren ge-sellschaftlichen Zusammenhängen darzustellen, daß sie für den denkenden Arbeiter verständlich werden. Als Ausgangspunkt und grundsätzliche Methode dienen die Grundgedanken des wissenschaftlichen So-zialismus. Die revolutionisierende Auswirkung der modernen Bautechnik wird ebenso beleuchtet wie die Ausbeute-funktion des Baupekulanten und der